

Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind

Der Donbass unter deutscher Okkupation (1941–1943)

von Tanja Penter

I. Zwangsarbeiter- und Okkupationsforschung zu den besetzten sowjetischen Gebieten. Die Zwangsarbeiterforschung ist in der westlichen Forschung zum zweiten Weltkrieg seit der grundlegenden Arbeit von Ulrich Herbert aus dem Jahre 1985 immer mehr zu einem zentralen Thema geworden und hat insbesondere im Zusammenhang mit der letzten Entschädigungsdebatte eine starke Konjunktur erfahren. Während die Verschleppung der „Ostarbeiter“ und ihr Arbeitseinsatz in Deutschland von der Forschung mittlerweile relativ gut dokumentiert sind¹, stellt die Arbeit der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen für die deutsche Kriegswirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten bis heute ein nahezu unerforschtes Feld der Geschichte dar. Das steht ganz im Gegensatz zu den Zahlenverhältnissen: Während *nur* etwa drei Millionen Sowjetbürger als „Ostarbeiter“ ins Reich verschleppt wurden, mussten in den besetzten Gebieten etwa 22 Millionen Sowjetbürger für die Besatzungsmacht arbeiten; der größte Teil von ihnen allerdings in der Landwirtschaft und nur knapp 1 Mio. in der Industrie.²

In der westlichen Historiographie wird „NS-Zwangsarbeit“ weitgehend als ein historisches Phänomen verstanden, das sich maßgeblich erst aus dem Gegensatz zur deutschen (Mehrheits-) Gesellschaft definiert und dazu dient, die Spezifik des Arbeitseinsatzes bestimmter Gruppen ausländischer Arbeitskräfte im Dritten Reich zu erfassen. So gehörten beispielsweise nach Mark Spoerer zu den Hauptmerkmalen von „Zwangsarbeit im Dritten Reich“ erstens die rechtlich institutionalisierte Unauflöslichkeit des Arbeits-

¹ Während zu anderen Zwangsarbeitergruppen bereits Spezialstudien vorgelegt¹ wurden, steht eine umfassende Monografie zum Schicksal der „Ostarbeiter“ allerdings bis heute noch aus. Der vorliegende Beitrag entstand im Zusammenhang eines Forschungsprojektes zum Thema „Stalinismus und Krieg untertage: Der Donbass 1929–1953“. Dieses Projekt ist Bestandteil eines größeren Forschungsprojektes am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum zur „Zwangsarbeit im Steinkohlenbergbau“, das aus Mitteln der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets (Bochum) und der RAG Aktiengesellschaft (Essen) gefördert wird. Für kritische Kommentare und Anregungen danke ich Bernd Bonwetsch, Beate Fieseler, Christoph Seidel und Klaus Tenfelde.

² Vgl. Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1–2. Vgl. dazu außerdem R.-D. Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: U. Herbert (Hg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 234–50.

verhältnisses für eine nicht absehbare Zeitdauer, zweitens die geringe Chance, nennenswerten Einfluss auf die Umstände des Arbeitseinsatzes zu nehmen und drittens die alltägliche soziale und rechtliche Benachteiligung gegenüber den deutschen Arbeitskräften.³ Die Tatsache, dass das Phänomen in der umfangreichen Historiographie zur Zwangsarbeit bisher fast ausschließlich aus der Reichsperspektive wahrgenommen wurde, mag insbesondere vor dem Hintergrund überraschen, dass in den Nürnberger Kriegsverbrecher- und Industrieprozessen das Verständnis von Zwangsarbeit offenbar ein breiteres war. Dort wurden mehrere Angeklagte unter anderem im Anklagepunkt der Verantwortung für „Sklavensarbeit“ schuldig gesprochen. Im konkreten Fall Paul Pleigers, des Generaldirektors der Reichswerke Hermann Göring AG und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, wurde dabei nicht nur seine Verantwortung für den Zwangsarbeitereinsatz im Reich zugrunde gelegt, sondern gleichermaßen für den in den Einrichtungen der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost in der besetzten Sowjetunion. Der Nürnberger Gerichtshof machte demnach keinen Unterschied zwischen den ins Reich deportierten Arbeitskräften und der lokalen Zivilbevölkerung, die im eigenen Lande für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten musste. Von der neueren Forschung wird dieses erweiterte Verständnis von Zwangsarbeit und Zwangsarbeitern erst in jüngster Zeit erneut aufgegriffen.⁴ In die letzte Entschädigungsdebatte, die die öffentliche Wahrnehmung des Problems entscheidend geprägt hat, ist dieses Verständnis von Zwangsarbeit über die Reichsgrenzen hinaus allerdings nicht eingegangen. Dort wurde vor allem unter pragmatischen Gesichtspunkten im Hinblick auf die zu verteilende Geldsumme eine sehr spezifische Definition der entschädigungsberechtigten ehemaligen Zwangsarbeiter festgelegt, die sich in erster Linie auf die Unterbringung in Lagern und die Deportation vom Heimatort bezieht.⁵

3 M. Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001, S. 15.

4 Vgl. Fall XI, in: National Archives Washington (NA), M 897, rolls 111, 112, 129, 130, 141, 155, sowie Staatsarchiv Nürnberg, Kriegsverbrecherprozesse, Fall XI, Nr. Z3; U. Herbert, *Zwangsarbeit im „Dritten Reich“*. Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: W. Reininghaus u. N. Reimann (Hg.), *Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945*. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 16–37.

5 Laut Entschädigungsgesetz sind dies zum einen Personen, die sich in einem Konzentrationslager, in einer anderen Haftstätte, die durch „unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung“ charakterisiert wurde, oder sich in einem Ghetto befanden und zur Arbeit gezwungen wurden. Die zweite Gruppe umfasst Personen, die aus ihrem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 oder in ein von Deutschland besetztes Gebiet deportiert wurden und dort zur Arbeit in einem gewerblichen Unternehmen oder im öffentlichen Bereich gezwungen wurden sowie inhaftiert, haftähnlichen Bedingungen oder vergleichbar besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren. Vgl. Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, §§ 11, 12.

Im Kontext der besetzten Gebiete steht die Zwangsarbeiterforschung in engem Zusammenhang mit der Okkupationsgeschichte dieser Länder. Die Besatzungsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte, die nicht nur die Okkupationspolitik der NS-Regierung und der einzelnen Besatzungsorgane, sondern auch ihre Wirkung auf die wirtschaftliche, politische, soziale, ethnische und gesellschaftliche Struktur der besetzten Länder untersucht, fand in der westlichen Geschichtsforschung seit den 1970er Jahren zunehmend Anerkennung. Wichtige Anstöße für die Okkupationsgeschichte der ehemaligen sowjetischen Gebiete gaben die in den 1990er Jahren erschienenen Regionalstudien von Dieter Pohl und Thomas Sandkühler zu Galizien und von Bernhard Chiari und Christian Gerlach zu Weißrussland sowie die jüngst erschienene Arbeit von Karel Berkhoff zum Reichskommissariat Ukraine.⁶ Für die militärisch verwalteten östlichen Gebiete der Ukraine stehen umfassende Untersuchungen bisher noch aus.⁷

In der Sowjetunion fand das in der westlichen NS-Historiographie entstandene Deutungskonzept zur „Zwangsarbeit“ keinen Widerhall, sondern wurde von einem anderen Deutungskonzept kontrastiert, das „die Arbeit für den Feind“ in den Geschichtsbüchern tabuisierte und unausgesprochen als Vaterlandsverrat verurteilte. Von der Sowjethistoriografie, die eine Fülle von Literatur zur Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“ hervorgebracht hat, wird auf den wenigen Seiten, die der Besatzungsgeschichte gewidmet sind, nahezu mit keinem Wort erwähnt, dass die lokale Bevölkerung für die deutsche Besatzungsmacht arbeiten musste.⁸ Andere Themen standen

6 D. Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944*, München 1996; T. Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz, Bonn 1996; B. Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941–1944*, Düsseldorf 1998; C. Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland*, Hamburg 1999; K. C. Berkhoff, *Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, Mass. 2004.

7 Einen ersten Überblick über die Okkupation des Donezbeckens (jedoch ohne Auswertung der einschlägigen deutschen Quellenbestände) liefert die Arbeit von H. Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s*, Cambridge 1998, S. 251–95. Vgl. zudem den Ausstellungskatalog des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Hg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges*, Hamburg 2002, sowie die Quellensammlung (mit Einleitung von N. Müller), *Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944). Europa unterm Hakenkreuz*, Bd. 5, Berlin 1991.

8 Vgl. u. a. *Istorija Vtoroj mirovoj vojny, 1939–1945 gg. V 12-ti t.*, [Geschichte des Zweiten Weltkriegs, 1939–1945 in 12 Bdn.] Moskau 1973–1982; *Ukraïns'ka RSR u Velykij Vitčyznjanij vjnyi Radjans'koho Sojuzu (1941–1945)*, in: *Istorija Ukraïns'koï RSR u 8-mi t.*, T. 7 [Die Ukrainische SSR im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion (1941–1945)], in: *Geschichte der Ukrainischen SSR in 8 Bdn.*, Bd. 7], Kiev 1977; *Ukraïns'ka RSR u Velykij Vitčyznjanij Vjnyi Radjans'koho Sojuzu 1941–1945*, t. 1–3 [Die Ukrainische SSR und der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941–1945, Bde. 1–3], Kiev 1967/68.

im Vordergrund: In heroisierender Weise wurden der „allgemeine Volkswiderstand und die Partisanenbewegung“ oder die „Führungsrolle der kommunistischen Partei im Kampf gegen den Feind im besetzten Gebiet“ dargestellt. Die wenigen Arbeiten, die auf die Rolle der Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten eingingen, taten das ausschließlich unter dem Aspekt des Widerstandes und „allgemeinen Volkskampfes“ gegen die faschistische Besatzungspolitik.⁹ Daneben interessierte die lokale Bevölkerung vor allem als Opfer deutscher Vernichtungsaktionen.¹⁰ Die „Arbeit für den Feind“ galt nach Stalins Definition als Vaterlandsverrat, was heimkehrende Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“ nach dem Krieg durch massive Repressionen zu spüren bekamen.¹¹ Schon während des Krieges war es vorgekommen, dass „Ostarbeiter“-Transporte von sowjetischen Flugzeugen bombardiert wurden.¹²

Die Diskriminierung derjenigen, die für den Feind gearbeitet hatten, bezog sich nach Kriegsende – wenn man Zeitzeugenberichten Glauben schenkt – nicht allein auf die ins Reich deportierten „Ostarbeiter“, sondern manchmal auch auf die im besetzten Gebiet verbliebenen Sowjetbürger, die vor Ort für

9 Vgl. P. S. Dišlevyj, *Borot'ba trudjaščych promyslovyx centriv Ukraïny za zryv fašystskoj okupacijnoj polityky (1941–1944)* [Der Kampf der Arbeiter der Industriezentren der Ukraine für die Zerschlagung der faschistischen Besatzungspolitik (1941–1944)], in: *Archivy Ukraïny* H. 1. 1974, S. 18–24; V. N. Zemskov, *Veduščaja sila vsenarodnoj bor'by: Bor'ba sovsetskogo rabočego klassa na vremennno okkupirovannoj fašistami territorii SSSR (1941–1944 gg.)* [Die führende Kraft des allgemeinen Volkskampfes: Der Kampf der sowjetischen Arbeiterklasse in den zeitweilig durch die Faschisten besetzten Gebieten der UdSSR (1941–1944)], Moskau 1986; V. M. Koval', *Borot'ba robotnykiv za zryv fašists'kych planiv vykorystannja promyslovosti Ukraïny: Do 35-riččja vyzvolennja terytorii Ukraïny vid fašists'kych zahrabnykiv* [Der Kampf der Arbeiter für die Zerschlagung der faschistischen Pläne zur Ausbeutung der Industrie der Ukraine: Zum 35. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den faschistischen Räubern], in: *Ukraïns'kij Istoryčnyj Žurnal* H. 6. 1979, S. 42–56.

10 Vgl. zur Darstellung des „Großen Vaterländischen Krieges“ in der Sowjethistoriografie bis 1990 ausführlich B. Bonwetsch, *Der „Große Vaterländische Krieg“ und seine Geschichte*, in: D. Geyer (Hg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991, S. 167–87; B. Bonwetsch, *„Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen“*. Die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ in der Sowjetunion, in: H. Berding u. a. (Hg.), *Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 145–68; B. Bonwetsch, *Der „Große Vaterländische Krieg“: Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breschnew*, in: B. Quinkert (Hg.), *„Wir sind die Herren dieses Landes“*. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S. 166–87.

11 Vgl. dazu u. a. B. Bonwetsch, *Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 41. 1993, S. 532–46; P. Poljan, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung*, München 2001; P. Poljan u. a., *Ostarbeiter in Deutschland und daheim. Ergebnisse einer Fragebogenanalyse*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 41. 1993, S. 547–56.

12 Vgl. dazu den Eintrag im Kriegstagebuch (KTb) der WiS vom 3. März 1942, in: *Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA)*, RW 31, 410, Bl. 82.

die Deutschen gearbeitet hatten.¹³ Umfangreiche Säuberungen fanden in den Nachkriegsjahren in der Kommunistischen Partei statt: Alle Parteimitglieder, die freiwillig oder unter Zwang im besetzten Gebiet verblieben waren, sollten ausgeschlossen werden.¹⁴ Einzelpersonen, die in leitender Funktion in den besetzten Gebieten für die Deutschen tätig gewesen waren, wurden nach dem Krieg in zahlreichen Gerichtsprozessen verurteilt.¹⁵

Während das Schicksal der ins Reich deportierten „Ostarbeiter“ und sowjetischen Kriegsgefangenen zumindest während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren in einigen Dokumenteneditionen mit Briefen und Erinnerungen aufgegriffen¹⁶ und auch später noch – nach Stalins Tod – in vereinzelt wissenschaftlichen Arbeiten behandelt wurde¹⁷ (auch in den in der

13 Ich beziehe mich hier auf von mir durchgeführte einzelne Interviews mit Personen, die sich während der Besatzung im Donezbecken befanden und dort größtenteils im Steinkohlenbergbau gearbeitet haben.

14 Nach der Überprüfung durch das Gebietskomitee war allerdings eine Wiederaufnahme in die Partei möglich. Vgl. Staatliches Gebietsarchiv Donec'k (DADO), F. 326, Op. 2, D. 397, Bl. 147–151.

15 In den ersten zwei Monaten nach der Befreiung wurden allein im Gebiet Stalino (heute Donec'k) in der Ukraine vom NKGB unter der Anklage der Spionage und Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsorganen 2.542 Menschen festgenommen. Vgl. Zentrales Staatsarchiv der gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 42–47. Die Akten der Prozesse gegen diese Personen vor sowjetischen Militärtribunalen liegen bis heute in den regionalen Archiven des Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) – ehemaliger KGB – unter Verschluss. Vgl. zu den Prozessen gegen „Kollaborateure“ im Donbass T. Penter, Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 19, 2003, S. 183–223.

16 Vgl. zum Schicksal der „Ostarbeiter“ beispielsweise: I. Erburg, Nemeckaja katorga. Sbornik dokumentov [Die deutsche Zwangsarbeit. Dokumentensammlung], Moskau 1943; Sovetskie ljudi na nemeckoj katorge. Sbornik picem i rasskazov [Sowjetbürger in der deutschen Zwangsarbeit. Sammlung von Briefen und Erzählungen], Moskau 1943; Lysty z fašysts'koj katorhy: Zb. Lystiv radjans'kych hromadjan, jaki buly vyhnani na katoržni roboty do fašysts'koj Nimeččyny [Briefe aus der deutschen Zwangsarbeit: Briefesammlung von Sowjetbürgern, die zur Zwangsarbeit ins faschistische Deutschland verschleppt wurden], Kiev 1947; Zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. Zverstva nemcev nad plennymi krasnoarmejcami (Rasskazy bežavšich iz plena, dokumenty i fakty) [Verbrechen der Deutschen an den gefangen genommenen Rotarmisten (Erzählungen von Geflohenen, Dokumente und Fakten)], Moskau 1942; L. Dubrovickij, Pod igom nemeckich ugnetelej [Unter der Knute der deutschen Unterdrücker], Moskau 1942.

17 Vgl. I. I. Slyn'ko, Ugon naselenija Ukrainy v fašistskoe rabstvo, in: Nemecko-fašistskij okkupacionnyj režim (1941–1944) [Die Verschleppung der Bevölkerung der Ukraine in die faschistische Sklaverei, in: Das deutsch-faschistische Besatzungsregime (1941–1944)], Moskau 1965, S. 219–30; V. M. Koval', Bor'ba naselenija Ukrainy protiv fašistskogo rabstva [Der Kampf der Bevölkerung der Ukraine gegen die faschistische Sklaverei], Kiev 1979; V. M. Ščuplecov, Nasilstvennyj ugon mirnogo naselenija s okupirovannyh territorij SSSR dlja prinuditel'nogo truda v fašistskoj Germanii (1941–1945 gg.). [Die gewaltsame Verschleppung der friedlichen Bevölkerung aus dem besetzten Gebiet der UdSSR zur Zwangsarbeit im faschistischen Deutschland], Diss. Perm 1983; Zemskov, Veduščaja sila.

Sowjetunion seit Ende der 1950er Jahre veröffentlichten Materialien der Nürnberger NS-Prozesse wurden diese Fragen thematisiert),¹⁸ blieb die Geschichte des Besatzungsalltags ein weißer Fleck in den Geschichtsbüchern. Das gleiche Bild spiegelt die sowjetische Reparationsdebatte wider: Während die Verschleppung sowjetischer Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit nach Deutschland von der Außerordentlichen Staatskommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen als besonderes Vergehen gegen die Zivilbevölkerung angeprangert wurde, fand der Arbeitseinsatz der Bevölkerung vor Ort überhaupt keine Erwähnung.¹⁹

In der Ukraine, wo nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 in vielen Bereichen der Geschichtswissenschaft eine umfassende Umdeutung der Sowjethistoriografie stattgefunden hat, bestehen in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs zum Teil alte Paradigmen und Tabus der Sowjethistoriografie weiter oder wurden durch neue „nationale“ Paradigmen wie den „nationalen Befreiungskampf der Ukrainer“ ersetzt.²⁰ Obwohl das Schicksal der ehemaligen „Ostarbeiter“ im Zuge der jüngsten Entschädigungsdebatte sich in zahlreichen ukrainischen Pressepublikationen niederschlug und sich erstmals eine breitere Öffentlichkeit für die Erfahrungen der Betroffenen zu interessieren begann, steckt die historiographische Aufarbeitung des Themas in der Ukraine bisher noch in den Anfängen.²¹ Das gilt ebenso für den Arbeitseinsatz der lokalen Bevölkerung in der besetzten Ukraine. Während polnische Historiker wie Alfred Konieczny und Herbert Szurgacz bereits seit Mitte der 1970er

18 Vgl. Njurnbergskij process nad glavnymi nemeckimi voennymi prestupnikami: Sb. Materialov v 7-mi tomach [Der Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher: Materialsammlung in 7 Bdn], Moskau 1958–1961; Njurnbergskij process nad glavnymi nemeckimi voennymi prestupnikami: Sb. Materialov v 3-ch tomach [Der Nürnberger Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher: Materialsammlung in 3 Bdn], Moskau 1966.

19 Vgl. Bericht der Moskauer Staatskommission über Verbrechen der deutschen Besatzer im Gebiet Stalino vom Mai 1945, in: Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), F. 7021, Op. 72, D. 811, sowie DADO, F. P-633, Op. 1, D. 272, Bl. 2–11; für das Gebiet Vorošilovgrad vgl. GARF, F. 7021, Op. 56, D. 687.

20 Zur Historiographie der Ukraine im Zweiten Weltkrieg vgl. D. Pohl, Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 42. 2000, S. 339–60.

21 Erste Versuche einer Aufarbeitung des Themas unter neuen Vorzeichen stellen die Arbeiten von Koval' und Potil'čak dar. Vgl. V. M. Koval', „Ostarbajtery“ Ukraïny: raby Hitlera, izhoï Stalina, in: ders., Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach (1939–1945 rr.). [„Ostarbeiter“ der Ukraine: Sklaven Hitlers, Ausgestoßene Stalins, in: Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg und im Großen Vaterländischen Krieg (1939–1945)], Kiev 1999, S. 170–196; O. Potil'čak, Trudovi resursy radjans'kych vijs'kovopolonench ta „Ostarbajteriv“ z Ukraïny u nacists'kij vijs'kovij ekonomici v roky drugoï svitovoi vijnj [Die Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeiter“ aus der Ukraine in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft in den Jahren des Zweiten Weltkriegs], Kiev 1998. Daneben erschienen auch in den ukrainischen Regionen erste kleinere Veröffentlichungen zum Thema.

Jahre in ihren Arbeiten darauf hingewiesen haben, dass die nicht deportierte polnische Bevölkerung in den annektierten Gebieten und im Generalgouvernement unter der deutschen Besatzung zum Teil ebenfalls der Zwangsarbeit ausgesetzt war und rücksichtslos ausgebeutet wurde, hat diese Diskussion in der Ukraine bis heute nicht stattgefunden.²² Erstmals aufgegriffen wird das Thema bisher nur in zwei Dissertationen aus jüngster Zeit von O. V. Potil'čak und I. G. Vetrov. Erste Pionierarbeiten entstanden zudem zum Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in der besetzten Ukraine.²³

Auch in der neuen russischen Historiographie steckt die konzeptionelle Neuaufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs noch in den Anfängen. Einige wenige erste Arbeiten zum Schicksal der „Ostarbeiter“ und der sowjetischen Kriegsgefangenen erschienen hier seit Anfang der 1990er Jahre.²⁴ Die Ausbeutung von sowjetischen Arbeitskräften für die deutsche Kriegswirtschaft in den besetzten Gebieten bleibt bis heute ein Desiderat der Forschung.²⁵

Erstmals aufgegriffen wurde das Zwangsarbeiter-Thema daher erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von der neuen ukrainischen und russischen Historiographie. Wie in der bisherigen westlichen Forschung wird

22 Dabei ist ihrer Ansicht nach der Arbeitseinsatz im besetzten Polen und in der Sowjetunion als Teil einer Vernichtungsstrategie gegen die dortige Bevölkerung zu sehen, die sich nicht mit der Unterwerfung und Ausbeutung des Landes begnügen wollte. Vgl. A. Konieczny u. H. Szurgacz, *Praca przymusowa polaków pod panowaniem Hitlerowskim 1939–1945* [Die Zwangsarbeit der Polen unter Hitlers Herrschaft 1939–1945], in: *Documenta Occupationis*, Bd. 10, Poznań 1976, S. LIV ff. Die polnische Historiographie hat auch einige interessante Arbeiten zur deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion hervorgebracht. Vgl. C. Madajczyk, *Faszyzm i okupacja, 1938–1945* [Faschismus und Okkupation, 1938–1945], Warschau 1983 und W. Bonusiak, *Polityka economiczna III. Rzeszy na okypowan-tach obszypah ZSRR, 1941–1944* [Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reichs in den besetzten Gebieten der UdSSR, 1941–1944], Pzesow 1981.

23 Vgl. O. V. Potil'čak, *Ekspluatacija trudovyh resursiv Ukraïny Hitlerivs'koju Nimeččino-ju u roky okupacij* [Die Ausbeutung der Arbeitskräfte der Ukraine durch Hitler-Deutschland in den Jahren der Okkupation], Diss. Kiev 1999; I. G. Vetrov, *Ekonomična ekspansija Tret'oho Rejchu v Ukraïni 1941–1944* [Die wirtschaftliche Expansion des Dritten Reichs in der Ukraine 1941–1944], Kiev 2000, S. 103–130; Ju Korol', *Trahedija vijs'kovopolonnych na okupovanij terytorij Ukraïny v 1941–1944 rokach* [Die Tragödie der Kriegsgefangenen im besetzten Gebiet der Ukraine in den Jahren 1941–1944], Kiev 2002.

24 Vgl. vor allem P. M. Poljan, *Žertvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Tret'em Rejche i ich repatriacija* [Opfer zweier Diktaturen. Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Repatriierung], Moskau 1996; Ž. A. Zajončkovskaja u. P. M. Poljan, *Ostarbajtery: v Germanii i doma* [Ostarbeiter in Deutschland und zu Hause], in: *In Memoriam. Ist. Sb. Pamjati F.F. Perčenka* [Historische Sammlung zum Gedächtnis an F.F. Perčenka], Moskau 1995, S. 396–413.

25 Erste Ansätze finden sich in der Arbeit von D. E. Komarov, *Eksploatacija Sovetskoj ekonomiki nemecko-fašistskimi zachvatčikami v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (1941–1944)* [Die Ausbeutung der sowjetischen Wirtschaft durch die deutsch-faschistischen Eindringlinge in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges (1941–1944)], Smolensk 2001.

das Phänomen der Zwangsarbeit aber auch in der neuen ukrainischen und russischen Forschung bisher fast ausschließlich aus der Reichsperspektive wahrgenommen. „Zwangsarbeiter“ sind in den neuen Geschichtsbüchern sowie in der öffentlichen Wahrnehmung bisher – mit wenigen Ausnahmen – hier wie dort „nur“ die ins Reich verschleppten sowjetischen Arbeitskräfte, nicht aber die lokalen Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten.

II. Der Donbass unter der deutschen Okkupation (Oktober 1941 – September 1943). Als deutsche Truppen im Oktober 1941 in das Donezbecken einmarschierten, fanden sie dort spezifische Bedingungen vor. Innerhalb der Ukraine stellt der Donbass – so die russische Kurzform – ein Grenzland mit ethnisch heterogener Bevölkerung dar, in dem sich vor allem auf der Basis der maßgeblichen ökonomischen Faktoren bei der Bevölkerung eine starke regionale Identität entwickelt hatte.²⁶ Die dünn besiedelte Steppenregion des Donezbeckens liegt im Südosten der heutigen Ukraine und umfasst die beiden Gebiete Donec'k (Stalino, bzw. Juzovka) und Luhans'k (Vorošilovgrad). Ein südlicher Zipfel des Donezbeckens reicht bis nach Russland hinein und gehört zum Gebiet Rostov. Der Donbass wird im Norden und Osten vom Donec, einem Nebenfluss des Don begrenzt.²⁷ Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Region eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung erfahren und war zum wichtigsten Zentrum von Kohlenbergbau und Schwerindustrie im Russischen Reich aufgestiegen. Erneute große Wachstumsraten brachte zudem die forcierte Industrialisierung im Rahmen des Ersten Fünfjahrplans (1929–1933). Die Bevölkerung des Donbass war in den Jahren zwischen 1926 und 1939 durch den Zuzug von Arbeitsmigranten von knapp zwei auf nahezu fünf Millionen angewachsen.²⁸ In ethnischer Hinsicht war die Bevölkerung im Donbass deutlich heterogener und weniger ukrainisch als in anderen Teilen der Ukraine. Sie setzte sich (nach sowjetischen Volkszählungsdaten von 1939) aus drei Millionen (61 %) Ukrainern und 1,5 Millionen (32 %) Russen sowie etwa 95.000 Griechen, 85.000 Juden, 64.000 Deutschen, 40.000 Weißrussen, 24.000 Tataren und 15.000 Polen zusammen.²⁹

26 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror*, S. 2–4.

27 Zu Namensveränderungen: Das heutige Donec'k hieß bis 1924 Juzovka und von 1924 bis 1961 Stalino. Das heutige Luhans'k hieß von 1935 bis 1958 und von 1970 bis 1990 Vorošilovgrad.

28 Die historische Entwicklung des Donbass vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er Jahre wurde von der westlichen Historiografie – im Gegensatz zu anderen Regionen der Ukraine – vergleichsweise gut untersucht: Vgl. T. H. Friedgut, *Juzovka and Revolution*, Bd. 1: *Life and Work in Russia's Donbass, 1869–1924*; Bd. 2, *Politics and Revolution in Russia's Donbass, 1869–1924*, Princeton 1989–1994; C. Wynn, *Workers, Strikes and Pogroms. The Donbass–Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905*, Princeton 1992; S. P. McCaffray, *The Politics of Industrialization in Tsarist Russia. The Association of Southern Coal and Steel Producers, 1874–1914*, Northern Illinois 1996; Kuromiya, *Freedom and Terror*.

29 Die Angaben beziehen sich auf die Volkszählungsdaten von 1926 und 1939 für die Gebiete

Mit einer jährlichen Förderung von 85 Mio. Tonnen und einem Anteil von über 57 % an der Gesamtförderung bildete das Donezbecken vor Beginn des Zweiten Weltkriegs das wichtigste Kohlenrevier der Sowjetunion. 1940 waren 324 Bergwerke sowie 1.680 Kleinbergwerke³⁰ in Betrieb mit etwa 314.000 Arbeitskräften (darunter 210.000 unter Tage).³¹ Mehr als ein Viertel der Arbeitskräfte im sowjetischen Bergbau waren Frauen.³²

Im Zweiten Weltkrieg stand der westliche Teil des Donbass über 22 Monate, von Ende Oktober 1941 bis Anfang September 1943, unter deutscher Militärverwaltung, die östlichen und südöstlichen Teile kamen erst im Laufe der Sommeroffensive 1942 hinzu und wurden bereits im Februar 1943 von der Roten Armee zurückerobert. Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus war zunächst der Wirtschaftsstab Ost bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd (WiS) betraut worden. Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im Donezbecken. Die BHO war im August 1941 als Monopolgesellschaft von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenschaffende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werksanlagen des Kohlen- und Erzbergbaus sowie der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Leiter der BHO war der Generaldirektor der Reichswerke AG und Vorsitzende des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle Paul Pleiger.³³

Stalino und Vorošilovgrad. Vgl. O. V. Obid'onova, Zminy v nacional'nomu skladi nase-lennja Donec'koho basejnu v 20–30-ti roky XX stolittja [Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung des Donezbeckens in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts], in: Novi storinky istorii Donbasu. Stati, Kniha 6 [Neue Ansichten zur Geschichte des Donbass, Aufsätze, Bd. 6], Donec'k 1998, S. 142–52.

30 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 613, Bl. 13.

31 Vgl. L. N. Jasnopol'skij, Kamennougol'naja promyšlennost' Doneckogo Bassejna, Tom 1 [Der Steinkohlenbergbau im Donezbecken, Bd. 1], Kiev 1956, S. 83, 107, 158. Leicht abweichende Zahlen bei G. D. Bakulev, Razvitie ugol'noj promyšlennosti Doneckogo Bassejna [Die Entwicklung des Kohlenbergbaus des Donezbeckens], Moskau 1955; A. Terpigorev u. A. Sudoplitov, Vosstanovlenie Doneckogo ugol'nogo bassejna [Der Wiederaufbau des Donezker Kohlebeckens], Moskau 1944, S. 9–12; Die Bodenschätze und der Bergbau des südrussischen Wirtschaftsraumes, hg. vom Wirtschaftsinstitut für die Oststaaten, Königsberg 1940.

32 Vgl. Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv (RGAÉ), F. 8628, Op. 3, D. 385, Bl. 3. Der wachsende Frauenanteil innerhalb der Industriearbeiterschaft und das Vordringen von Frauen in traditionelle Männerberufe waren seit Beginn der forcierten Industrialisierung immer mehr zum vorherrschenden Merkmal des Strukturwandels innerhalb der Arbeiterschaft geworden und erklärten sich nicht zuletzt auch dadurch, dass angesichts sinkender Reallöhne die Familien auf ein zweites Einkommen angewiesen waren. Vgl. dazu M. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, München 1998, S. 513 ff., sowie jetzt neu: W. Z. Goldman, Women at the Gates. Gender and Industry in Stalin's Russia, Cambridge 2002.

33 Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besatzung

Die Rote Armee hatte beim Rückzug aus dem Donezbecken in großem Umfang Zerstörungen und Abbau von Maschinen (sowie in geringerem Maße auch Evakuierungen von Fachkräften³⁴) vorgenommen, so dass beim Einmarsch der deutschen Truppen keine einzige Grube betriebsbereit war.³⁵ Für den Wiederaufbau ließ die BHO zahlreiche Maschinen sowie etwa 1.800 deutsche Fachkräfte – zum großen Teil aus dem Ruhrbergbau – als Aufsichtspersonal in den Donbass bringen.³⁶ Anfangs wurden die Wiederaufbauarbeiten vor allem durch die unzureichende Energieversorgung – die zentralen Kraftwerke, die den Bergbau mit Strom versorgten, waren ebenfalls zerstört worden – und die schlechte Transportlage behindert. Seit Sommer 1942 wurde dann aber zunehmend der Mangel an Arbeitskräften zum Hauptproblem. Insgesamt konnte innerhalb des Besatzungszeitraumes eine deutliche Wiederaufbauleistung und Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden. Bis Dezember 1942 wurden 68 Bergwerke und 314 Kleinschächte wieder in Betrieb genommen. Die Tagesförderung erreichte im Januar 1943 über 15.000 Tonnen.³⁷ Im Februar und März hatte der Steinkohlenbergbau aufgrund der erfolgreichen russischen Offensive und großer Gebietsverluste auf deutscher Seite dann erhebliche Fördereinbußen zu verzeichnen. Bevor das Donezbecken im September 1943 endgültig geräumt wurde, konnte jedoch bereits im Juli 1943 erneut eine Tagesförderung von 15.000 Tonnen erzielt werden. 114 Bergwerke mit mehr als zehn Beschäftigten waren zu diesem Zeitpunkt in Betrieb.³⁸ Das von der BHO seit Dezember 1942 angestrebte Förderziel von 30.000 Tonnen täglich, das bis Ende 1943 auf 50–60.000 Tonnen und bis Ende 1944 auf über 100.000 Tonnen gesteigert werden sollte, wurde jedoch bei weitem nicht erreicht.³⁹ Die Gesamtförderung von 4,071

M. Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941–1944), in: VfZ 21. 1973, S. 245–84; M. Riedel, Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen 1978, S. 310–37; D. Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941–1943, in: Militärgeschichte 18. 1979, S. 281–96; D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 2: 1941–1943, Berlin 1985, S. 460–77.

34 Über den tatsächlichen Umfang der Evakuierungen lassen sich bis heute keine zuverlässigen Aussagen treffen. Es scheint jedoch, dass der überwiegende Teil der Industriekader im besetzten Gebiet verblieben ist, was in der Nachkriegszeit für die Sowjetregierung ein immenses Problem darstellte. Vgl. DADO, F. 326, Op. 2, D. 61, Bl. 28.

35 Vgl. dazu den Bericht des Sonderbeauftragten für Bergbau vom 1. Dezember 1941, in: BA-MA, RW 31, 409. In der Sowjethistoriografie stellte die Tatsache, dass die Rote Armee im Donezbecken beim Rückzug enorme Zerstörungen hinterlassen hatte, ein großes Tabu dar. Dagegen hob die Sowjethistoriografie die erheblichen Zerstörungen nach dem deutschen Rückzug hervor.

36 Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, in: BA-MA, RW 31, 485.

37 Bundesarchiv (BA), R 3101, 34174.

38 BA-MA, RW 31, 441.

39 NI-5261; BA-MA, RW 31, 261; Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie, S. 293. Vor

Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum war weniger als die Hälfte einer durchschnittlichen Monatsproduktion im Ruhrrevier und nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Mio Tonnen, wovon den größten Teil mit 13,33 Mio Tonnen die Eisenbahn erhielt.⁴⁰ Gemessen an den massiven Zerstörungen der Bergwerke durch die Rote Armee scheint die Wiederaufbau- und Förderleistung unter der Besatzung dennoch beachtlich zu sein. Das verdeutlicht der Vergleich zu den Bergbaugebieten im östlichen Donezbecken bei Vorosilovgrad, Krasnyj Luč und Lissičansk, die erst im Zuge der Sommeroffensive 1942 von der deutschen Armee erobert wurden. Ein Großteil der Bergbaubetriebe in diesen Gebieten war bereits im Oktober 1941 von der Roten Armee planmäßig zerstört, dann aber behelfsmäßig wieder in Gang gesetzt worden. Die Förderleistung war dort kaum höher als in den Gebieten unter deutscher Herrschaft.⁴¹ Dadurch werden ältere Forschungsmeinungen, die in Anlehnung an die sowjetische Historiografie davon ausgingen, dass die großen Anstrengungen der Deutschen beim Wiederaufbau der Steinkohlenbergwerke maßgeblich am Widerstand der sowjetischen Bevölkerung scheiterten, widerlegt.⁴²

III. Der Arbeitseinsatz im Steinkohlenbergbau. Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden stand über den gesamten Besatzungszeitraum in engem Zusammenhang – und in mancher Hinsicht auch im Widerspruch – zu ihrer Ernährungspolitik. Letztere kam einer selektiven Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung gleich, die bereits im Frühjahr 1941 zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) vereinbart worden war und darauf abzielte, nicht nur die Versorgung der Truppe aus dem Lande sicherzustellen, sondern auch ein

dem deutschen Einmarsch hatte die sowjetische Tagesförderung (laut sowjetischer Quellen) 221.300 Tonnen betragen. Vgl. Jasnopol'skij, Kamennougol'naja Promyšlennost', T. 1.

40 Vgl. Statistik der Gruppe Bergbau der WiS, in: BA-MA, RW 31, 441, Bl. 6; Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie, S. 278 f.

41 Unter Einsatz von 75.000 Arbeitskräften erzielte der sowjetische Wiederaufbau dort im April 1942 (laut sowjetischer Angaben) eine Tagesförderung von 16.622 Tonnen bzw. eine Monatsförderung von 498.661 Tonnen. Die Schichtleistung (gemessen an der Gesamtbelegschaft) betrug jedoch nur 0,2 Tonnen, bzw. die monatliche Förderleistung pro Arbeitskraft 6,7 Tonnen – etwa ein Viertel der Vorkriegsleistung. In den Gebieten unter deutscher Herrschaft war die Förderleistung pro Arbeitskraft zum gleichen Zeitpunkt zwar nur halb so hoch, aber bereits im Frühjahr des folgenden Jahres wurde das sowjetische Ergebnis bereits eingeholt und sogar deutlich übertroffen. Vgl. dazu CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 165, Bl. 46–52.

42 Vgl. die Einschätzung von D. Eichholtz: „Die sowjetische Bevölkerung lieferte den deutschen Eindringlingen einen täglichen Kampf um jede Tonne Kohle und um jedes Kilogramm Metall.“ Vgl. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 2, 1985, S. 469.

Höchstmaß an Lebensmitteln aus dem Land ins Reich abzutransportieren. Die Durchführung dieser Hungerstrategie schloss vor allem die Aushungerung der landwirtschaftlichen „Zuschußgebiete“, insbesondere der größeren Städte, mit ein. Der Hungertod von einigen Millionen Menschen entsprach dabei dem politischen Kalkül.⁴³ In der Praxis erwies sich der Hungerplan jedoch schon bald als nicht durchführbar, da es mit den geringen Bewachungskräften unmöglich war, Städte und ganze Gebiete abzuriegeln. Von den mit der praktischen Durchführung der Hungerpolitik beauftragten Besatzungsorganen kamen daher auch immer wieder Anstöße zu einem Richtungswechsel, häufig unter pragmatischen Gesichtspunkten.⁴⁴ Auch der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort sowie für den Reichseinsatz spielte dabei eine wichtige Rolle. Die selektive Hungerpolitik gegenüber der Stadtbevölkerung – im Gegensatz zur Landbevölkerung⁴⁵ – wandelte sich zunehmend zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber allen Nicht-Arbeitenden. Die ernährungspolitischen Erwägungen der Besatzungsorgane für das Donezbecken finden einen erschreckenden Ausdruck in dem Vorschlag eines OKW-Verbindungsoffiziers beim Armeeoberkommando (AOK) 17 vom November 1941. Zur Lösung des Ernährungsproblems der in den Städten des Donbass zusammengeballten Bevölkerungsmassen gab es seiner Ansicht nach drei Möglichkeiten:

„I. Evakuierung der Massen auf das flache Land; II. Hermetische Absperrung der dicht besiedelten Industriezentren, so dass eine Abwanderung auf das Land unmöglich wird; III. Evakuierung der Industriebevölkerung aus gewissen Einzelzentren und Stadtteilen, die für Unterkunft von Truppen geeignet und für wichtige Industrien bedeutungsvoll sind unter Berücksichtigung zu verbleibender Arbeitskräfte mit deren Familien und Einrichtungen strengstens abgesperrter Stadtteile für die nicht ansatzfähige Bevölkerung in Anlehnung an den Gedanken von Konzentrationslagern im größten Stil. [. . .] Es wird hierbei an die Großghettos in Warschau und anderen Städten gedacht.“⁴⁶

43 Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: R.-D. Müller, Das Scheitern der wirtschaftlichen „Blitzkriegstrategie“, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, hg. vom militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983, S. 989–1022; C. Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; W. Moskoff, The Bread of Affliction. The Food Supply in the USSR During World War II, Cambridge 1990; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht, S. 287–360.

44 Vgl. Müller, Das Scheitern, S. 989–1022. Vgl. den Bericht der Sicherungsdivision 444 vom 14. Oktober 1941 an den Befehlshaber des Heeresgebietes Süd, in: RGVA, F. 1275, Op. 3, D. 668, Bl. 17. Darin heißt es, dass die wenigstens notdürftige Ernährung der Zivilbevölkerung geboten erschien, weil bei ersten Hungerrevolten zur Sicherung der Nachschubwege weit mehr Sicherungskräfte als bisher vorhanden erforderlich wären.

45 Vgl. zu der unterschiedlichen Behandlung von Stadt- und Landbevölkerung T. Penter, Arbeiten für den Feind in der Heimat. Der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine 1941–1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1. 2004, S. 65–94.

46 Vgl. Gedanken über die Evakuierung der Bevölkerung aus den Industriestädten im Donezgebiet im Interesse der Sicherheit und Ernährung der deutschen Wehrmacht, in: NA, T 77, roll 1179, Bl. 970–971.

Der Autor selbst hielt die dritte Variante für die erfolgversprechendste, da im ersten Fall „der Mob der Industriestädte [...] sich unkontrollierbar über die weiten Landflächen ergießen und sich über die [...] Lebensmittel und Viehvorrate hermachen“, und im zweiten Fall auch „der wichtigste Teil der Bevölkerung“ – die Arbeitskräfte – „zu Grunde gehen“ würde.⁴⁷ Das Donezbecken war infolge der starken Industrialisierung schon immer ein landwirtschaftliches Zuschussgebiet gewesen und zudem von den deutschen Truppen während des monatelangen Stellungskrieges völlig „kahlgefressen“ worden, wie es in den Lageberichten der Besatzungsbehörden hieß.

Durch die massiven Zerstörungen der Industrieanlagen hatte ein Großteil der lokalen Industriearbeiter den Arbeitsplatz und damit die Existenzgrundlage verloren. Zugleich wurde die „Arbeitswilligkeit“ der Bergbaubevölkerung durch die katastrophale Versorgungslage in den ersten Monaten der Okkupation stark eingeschränkt. Angesichts von Lebensmittelzuteilungen im Umfang von 325 g Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung (ohne Verpflegung der Familienangehörigen) versuchte ein Großteil der Zivilbevölkerung, ganz auf das Land abzuwandern oder sich durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung Lebensmittel zu verschaffen.⁴⁸ Die neben den geringen Lebensmittelrationen an die arbeitende Bevölkerung gezahlten Arbeitslöhne, die sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen orientierten,⁴⁹ standen in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen auf den entstehenden Schwarzmärkten.⁵⁰ So konstatierte die WiS im März 1942, dass, gemessen an den herrschenden Schwarzmarktpreisen, das monatliche Lohneinkommen eines Arbeiters einer Kaufkraft im Reich von etwa fünf Reichsmark entsprach.⁵¹

Im April 1942 meldete die WiS zur Lage der etwa 24.000 bei der BHO beschäftigten Bergleute: „Der Ernährungszustand der Leute ist zum Teil derartig schlecht, dass sie vor Entkräftung kaum arbeiten und vielfach nur durch Zwang zum Erscheinen zur Arbeit veranlaßt werden können.“⁵² Aus einzel-

47 Vgl. ebd.

48 Vgl. Bericht des Sonderbeauftragten für Bergbau über den Kohlenbergbau im Donezgebiet vom 1. Dezember 1941, in: BA-MA, RW 31, 409.

49 Vgl. DADO, F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24–26; BA-MA, RW 31, 262.

50 Vgl. BA-MA, RH 22, 91.

51 Lagebericht der WiS von März 1942, in: BA-MA, RW 31, 431. Der durchschnittliche Monatslohn eines Bergmanns (einschließlich der ausgegebenen Naturalien) betrug im Juli 1943 347 Rubel (35 RM), wovon noch 10 % Lohnsteuer abgingen. Die Ingenieure und Markscheider wurden nach festen Angestelltegehältern bezahlt. Ein Oberingenieur konnte monatlich zwischen 1.000 und 1.200 Rubel verdienen, ein einfacher Ingenieur zwischen 700 und 1.000 Rubel. Vgl. DADO, F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24–26; F. R-1611, Op. 1, D. 15, Bl. 2–42; BA-MA, RW 31, 262. Auf dem Schwarzmarkt kosteten zum gleichen Zeitpunkt ein Kg Brot 75 Rubel, ein Kg Kartoffeln 40 Rubel, ein Kg Butter 500 Rubel, ein Kg Speck 800 Rubel und 10 Eier 120 Rubel, eine Wintermütze 700 Rubel und ein paar Stiefel 4000 Rubel. Vgl. BA-MA, RW 31, 262; Doneckij Vestnik, 8.8.1943.

52 Lagebericht der WiS von April 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

nen Bergbausiedlungen berichteten die militärischen Verwaltungsbehörden im März 1942 von „deutlichen Anzeichen des langsamen Verhungerns – Aufschwellen.“⁵³ In Char'kiv forderte der „Hungerwinter“ 1941/42 tausende von Opfern.⁵⁴ Dagegen war in Stalino die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass die „Hamsterfahrten“ der Stadtbevölkerung auf das Land dort, anders als in Char'kiv, von den Besatzungsbehörden zunächst weitgehend zugelassen wurden.⁵⁵ Bei diesen Wanderungen legte die Bevölkerung manchmal mehrere hundert Kilometer zu Fuß zurück.⁵⁶

Die Arbeitsämter, die von den Wirtschaftskommandos in allen für Wirtschaft und Armee bedeutenden Orten errichtet wurden, gehörten zu den ersten Verwaltungseinrichtungen, die in den neu besetzten Gebieten ihre Tätigkeit aufnahmen. Sie waren in der Regel nur mit einem oder zwei deutschen Beamten besetzt, denen Hunderte von einheimischen Kräften unterstanden. Die Hauptaufgabe der Arbeitsämter war die restlose Erfassung aller freien Arbeitskräfte und die Deckung des lokalen Arbeitskräftebedarfs sowie seit Frühjahr 1942 auch des Bedarfs an „Ostarbeitern“ für das Reich.⁵⁷ Formal war eine allgemeine Arbeitspflicht für Nichtjuden zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr und ein Arbeitszwang für Juden zwischen dem 14. und dem 60. Lebensjahr für die besetzten Ostgebiete bereits im August 1941 eingeführt worden.⁵⁸ Im Februar 1943 wurde diese Arbeitspflicht durch eine Verordnung des OKH innerhalb des Operationsgebietes auf die gesamte Zivilbevölkerung im Alter von 14 bis 65 Jahren ausgeweitet. Bei Nichteinhaltung drohten Geldstrafen, Arbeitslager oder Gefängnis.⁵⁹

53 KTB 2, Anlage 18, in: NA, T 77, roll 1103.

54 Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11.918 Menschen zum Opfer. Char'kiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und in ein „Hungerghetto“ verwandelt. Vgl. dazu Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), *Verbrechen der Wehrmacht*, S. 328–346.

55 Genaue Zahlen für Stalino liegen in den verfügbaren Akten nicht vor. In einem Bericht der OFK Donez vom 24. September 1942 heißt es: „Die reiche Natur der Ukraine hat bisher auch den Nichtversorgten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglicht. Allerdings konnte das nur dadurch erreicht werden, daß man den starken Wanderverkehr der städtischen Bevölkerung aufs Land zum Zweck der Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht unterbunden hat.“ Vgl. BA-MA, RH 22, 91.

56 Interview mit Jakov M. Golin, aufgezeichnet im April 2002 in Donec'k.

57 Vgl. Schlußübersicht über den Kriegseinsatz 1941 der WiS, in: NA, T77, roll 1103.

58 Vgl. Grüne Mappe, Teil II, S. 49 f., in: BA, R 26IV, 33a. In den besetzten Westgebieten wurde die Melde- und Arbeitspflicht dagegen erst im Sommer 1942 eingeführt.

59 Vgl. Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz der sowjetischen Zivilbevölkerung im Operationsgebiet vom 6.2.1943, in: BA-MA, RW 31, 420. Die Wirtschaftsbehörden beurteilten den möglichen Erfolg der Verordnung jedoch von Beginn an skeptisch: „Auch die Arbeitsverpflichtung wird nur zu einem Erfolg führen, wenn genügend Polizeikräfte zur Verfügung stehen.“ Vgl. BA-MA, RW 31, 421.

Obwohl die Ausgabe von Lebensmitteln von der Meldung beim Arbeitsamt abhängig gemacht wurde, erfolgte diese von Beginn an schleppend.⁶⁰ Mehrere Arbeitsämter meldeten daher bereits im Januar und Februar „zur Bekämpfung des Arbeitsunwillens“ die Durchführung von Zwangsmaßnahmen in Form von Razzien durch die ukrainischen Polizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern. Manchmal ließen die Arbeitsbehörden auch den SD mit „drakonischen Strafen“ eingreifen.⁶¹

Zumindest in den ersten Besatzungsmonaten war für einen Teil der Zivilbevölkerung die Meldung für den Reichseinsatz attraktiver als der „hungrige“ Arbeitseinsatz vor Ort, da die Werber-Kommissionen mit deutlich höheren Verpflegungssätzen warben und zudem die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen.⁶² Am 15. Februar 1942 ging der erste Transport mit über 1.000 Facharbeitern von Stalino ins Reich. Bis Ende des Monats hatten sich in Stalino über 20.000 Menschen „freiwillig“ für den Einsatz im Reich gemeldet, vor allem begründet durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort.⁶³ Manche hatten sich blenden lassen von der deutschen Propaganda, die ein glanzvolles, völlig realitätsfernes, Bild von den Arbeits- und Lebensbedingungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland zeichnete und ihnen die Gleichstellung mit deutschen Arbeitskräften sowie üppige Verpflegungsrationen versprach.⁶⁴ Insgesamt wurden aus dem Donezbecken – nach sowjetischen Angaben – über 330.000 Menschen als Ostarbeiter ins Reich verschleppt, etwa zwei Drittel von ihnen bereits bis zum Juli 1942.⁶⁵ Über die Hälfte der Verschleppten waren Frauen.⁶⁶

Die Zahl der „Freiwilligen“⁶⁷ für den Reichseinsatz nahm schnell wieder ab, als Berichte über die katastrophalen Bedingungen für die „Ostarbeiter“ während des Transports und später im Reich bekannt wurden und sich herausstell-

60 In der Stadt Stalino beispielsweise hatten sich bis März 1942 etwa 100.000 Einwohner registrieren lassen, 140.000 Meldepflichtige jedoch nicht. Vgl. Lagebericht der WiS vom März 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

61 Vgl. KTB WiS vom 21. Januar und 2., 3., 5., 6. Februar 1942, in: NA, T77, roll 1103.

62 Vgl. Doneckij Vestnik, 29. Januar 1942; 1. Februar 1942; 15. Februar 1942; 9. August 1942.

63 BA-MA, RW 31, 410.

64 Vgl. zum Beispiel Doneckij Vestnik, 26. April 1942, S. 3.

65 Davon kamen 252.239 aus dem Gebiet Stalino und 74.047 aus dem Gebiet Vorošilovgrad. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7.

66 Vgl. BA-MA, RW 31, 418.

67 Im Hinblick auf die „Freiwilligkeit“ des Reichseinsatzes lautete eine Direktive des Oberkommandos des Heeres (OKH) vom 10. Mai 1942: „Die Meldung zum Arbeitseinsatz im Reich soll grundsätzlich freiwillig sein. Wo die Zahl der Bewerber jedoch hinter den Erwartungen zurückbleibt, werden die betreffenden Gemeinden Mindestauflagen zu erfüllen haben.“ N. Müller, Okkupation – Raub – Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, Berlin (Ost) 1980, S. 292.

te, dass das Versprechen, die Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. So mussten bereits im April 1942 Arbeitskräfte für das Reich mithilfe der lokalen Polizei zwangsweise rekrutiert werden. Ein Jahr später wurden auf Anordnung Sauckels von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben. Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück: Ein Großteil der Musterungspflichtigen entzog sich durch Flucht. Weitere große Ausfälle verursachte der schlechte Gesundheitszustand der Gemusterten, so dass an einigen Orten gerade einmal ein Fünftel überhaupt für den Reichseinsatz geeignet war.⁶⁸ Aus Angst vor der Verschleppung war bei den Musterungspflichtigen die Praxis verbreitet, sich selbst Verletzungen oder Vergiftungen zuzufügen.⁶⁹

Der Arbeitseinsatz vor Ort lieferte ein ähnliches Bild: Auch dort konnten Arbeitskräfte zunehmend nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Im Auftrag des deutschen Kommandos oder der einheimischen Bürgermeister und *Starosty* (Dorfältesten), die gegenüber den deutschen Besatzungsbehörden bestimmte Kontingente an Arbeitskräften stellen mussten, führte die einheimische Polizei an öffentlichen Plätzen Razzien und Menschenjagden durch oder riegelte ganze Wohnblöcke ab, um dort bei Nacht die Wohnungen zu durchsuchen.⁷⁰ Um den Facharbeitermangel zu beseitigen wurden die aufs Land abgewanderten Facharbeiter systematisch erfasst und zurückgeführt. Mehrere tausend Bergleute wurden unter Anwendung schärfsten Zwangs im Frühjahr und Sommer 1943 aus feindgefährdeten oder zeitweilig still gelegten Bergbaugebieten des Donbass in andere Bergbaudirektionen umgesiedelt.⁷¹ Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass der Reichseinsatz der Mehrheit der Bevölkerung seit Jahresende 1942 bereits weitaus verhasster war als der Einsatz vor Ort. Die Arbeit im lokalen Bergbau konnte sogar einen gewissen Schutz vor der Verschickung ins Reich bedeuten.⁷²

Nicht nur mit Zwangsmaßnahmen versuchten die Besatzungsbehörden die lokale Bevölkerung für den Arbeitseinsatz zu mobilisieren, sondern auch durch Propaganda, die sie vor allem über lokale und regionale Presseorgane verbreiteten. Die Besatzungspresse war das zentrale Organ, über das die Besatzungsbehörden mit der lokalen Bevölkerung kommunizierten. Bei der Bevölkerung stießen die Zeitungen in russischer oder ukrainischer Sprache

68 Vgl. Lagebericht der WiS für April 1942, in: BA-MA, RW 31, 431; Lagebericht der WiS für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31, 439; RW 31, 423.

69 Interview mit Maja I. Saenko (geb. 1925), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

70 Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 259; T. 3, Bl. 195; T. 4, Bl. 103; T. 5, Bl. 11.

71 Im Februar 1943 wurden 3.000 Bergleute aus dem östlichen Donbass nach Stalino überführt; im Mai 1943 wurden 1.100 Bergleute aus der geschlossenen Direktion Brjansk nach Gorlovka umgesiedelt; im Juni und Juli 1943 weitere 4.300 Bergleute aus Vorošilovsk nach Stalino. Vgl. BA-MA, RW 31, 421, 424, 426, 477.

72 Interview mit Aleksandra Pronjakina (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

seit Beginn der Okkupation auf „lebhaftes Interesse“.⁷³ Das zentrale Presseorgan in der Region war der „Doneckij Vestnik“, der zwei- bis viermal wöchentlich erschien und eine Auflage von bis zu 100.000 erreichte. Daneben gab es im Donbass etwa 20 kleinere Presseorgane. Die Redaktionen der Zeitungen setzten sich aus einheimischen Kräften zusammen, die jedoch unter der strengen Kontrolle und Zensur der zuständigen deutschen Propagandastaffel standen.⁷⁴

Die propagandistischen Parolen im „Doneckij Vestnik“, mit denen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau des Bergbaus mobilisiert werden sollten, lauteten beispielsweise: „Vereint zur Arbeit! Alle Kräfte zum Wiederaufbau unseres Landes zum Aufbau einer glücklichen Zukunft“⁷⁵ oder „Wer seine Arbeit nicht erfüllt, der schließt sich aus der allgemeinen Aufbaufront aus, der verliert das Recht auf eine bessere Zukunft“.⁷⁶

Manche dieser Parolen erinnerten an die sowjetische Presse der 1930er Jahre. Auch dort war die Phrase von der „strahlenden Zukunft“ ein zentrales Motiv der Propaganda, und nicht wenige Sowjetbürger teilten diese Zukunftsvision, die sich auf den Umbau der Welt durch den Aufbau des Sozialismus, Industrialisierung und moderne Technologie gründete. Sie machte den realen Mangel möglicherweise für manchen erträglicher.⁷⁷ Ein weiteres zentrales Motiv der Propaganda in der Besatzungspresse war das Ankreiden der Zerstörungen, die die Rote Armee beim Rückzug hinterlassen hatte.⁷⁸ Die von der Sowjetregierung angeordnete Zerstörung der Bergwerke war für die lokalen Bergleute tatsächlich ein wunder Punkt und zeigte die Grenzen der Loyalität zur Sowjetregierung auf. Einige Bergleute hatten versucht, gegen die Zerstörungen der Industrieanlagen Widerstand zu leisten, aber ihre Demonstration war vom NKVD durch Erschießungen und Verschleppungen unterdrückt worden.⁷⁹ Anders als in der Westukraine war

73 KTB der WiS vom 17.12.1941, in: NA, T-77, roll 1103. Im Januar 1943 heißt es im Lagebericht der Wirtschaftsinspektion sogar: „Die Nachfrage nach Zeitungen und Zeitschriften ist weiterhin äußerst lebhaft. An den Zeitungskiosken in den Großstädten stehen Menschen in Schlangen.“ Vgl. Lagebericht Wirtschaftsinspektion Don-Donetz Januar 1943, in: BA-MA, RW 31, 421.

74 Vgl. dazu die Dissertation von D. M. Tytarenko, *Presa schidnoï Ukraïny periodu nimec'ko-fašysts'koï okupacii jak istoryčne džerelo (1941–1943rr.)* [Die Presse der Ostukraine in der Periode der deutsch-faschistischen Okkupation als historische Quelle (1941–1943)], Diss. Donec'k 2002.

75 Doneckij Vestnik, 16. August 1942.

76 Doneckij Vestnik, 27. August 1942.

77 Vgl. S. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times. Soviet Russia in the 1930s*, Oxford 1999, S. 67–88.

78 Vgl. Doneckij Vestnik, 15. November 1941; 18. Dezember 1942; 29. März 1942; 16. Juli 1942.

79 Vgl. dazu den Bericht der WiS in: RGVA, F. 1458, Op. 40, D. 221, Bl. 280. Diese Reaktion der lokalen Bevölkerung auf die Zerstörung ihrer Industrieanlagen war kein Einzelfall, sondern war vielerorts im Donbass und in anderen Industriezentren der Ukraine anzutref-

es im Donezbecken – erklärbar aus der Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Anteil an Russen sowie aus der sprachlich und kulturell russischen Prägung – weniger die ukrainisch-nationale Frage,⁸⁰ die über die Loyalität der Bevölkerung zum alten und zum neuen Regime entschied, sondern vielmehr eine ausgeprägte regionale Identität, die oft einherging mit einem starken Zugehörigkeitsgefühl zum Bergwerk, in dem man arbeitete. Das Entstehen dieser Identitäten erklärt sich nicht zuletzt auch aus spezifischen Formen des „sozialistischen Wettbewerbs“ im Donbass der 1930er Jahre.⁸¹

Zudem überschwemmte die Presse die Bevölkerung mit euphorischen Berichten vom Wiederaufbau des Donbass unter den Deutschen. Die neue Erfolgsgeschichte von der „Wiedergeburt der Bergwerke“ begegnete dem Leser fast in jeder Ausgabe des „Doneckij Vestnik“ und erinnerte in ihrer Erzählstruktur ebenfalls an die sowjetische Propaganda der 1930er Jahre.⁸² Die Erfolge beim Wiederaufbau gründeten sich – so die Darstellung der Propaganda – zum einen auf das Engagement der einheimischen Arbeitskräfte und zum anderen auf das technische Wissen und Modernisierungspotenzial der deutschen Fachkräfte. Diese Vorstellung von einer hohen Leistungsfähigkeit, von Organisationstalent und besserem Können der Deutschen war – zumindest in der Anfangsphase der Okkupation – in großen Teilen der lokalen Bevölkerung verbreitet, wie deutsche Stimmungsberichte festhielten.⁸³ Letztlich basierte diese Vorstellung ebenfalls auf der sowjetischen Propaganda die zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Industrialisierung in den 1930er Jahren das Vorbild (und zugleich abschreckende Beispiel) des westlichen Auslands, insbesondere Amerikas, beschworen hatte, während die Sowjetunion zugleich in großer Zahl moderne Technik und Spezialisten im Ausland, vor allem in den USA und in Deutschland einkaufte. Mit den Realitäten der Besatzungsherrschaft hatte das allerdings nicht viel zu tun,

fen gewesen. Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror*, S. 263 ff. und Berkhoff, *Harvest of Despair*, S. 21 ff.

80 Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die für die Unabhängigkeit der Ukraine eintrat, existierte zwar im Donezbecken ebenfalls, war aber nahezu bedeutungslos. Vgl. dazu Lagebericht der WiS vom März 1943, in: BA-MA, RW 31, 421.

81 So wurden seit den frühen 1930er Jahren nicht nur immer wieder Wettkämpfe zwischen einzelnen Bergwerken des Donbass, sondern auch gesamtsovietische Wettkämpfe des Kohlenbergbaus und regionale Wettbewerbe, beispielsweise zwischen dem Donbass und dem sibirischen Kuzbass durchgeführt, über die in der Tagespresse ausführlich berichtet wurde. Neben ihren Impulsen zur Leistungssteigerung funktionierten Regionalismus und Betriebsidentität in den 1930er Jahren als Integrationsideologien für die Massen neuer Arbeitsmigranten vom Lande. Noch heute steht im Zentrum von Donec'k ein Obelisk mit dem Lenin-Zitat: „Der Donbass ist nicht irgendeine beliebige Region, sondern die Region, ohne die der Aufbau des Sozialismus ein frommer Wunsch bliebe“.

82 Doneckij Vestnik, 16. April 1942.

83 Vgl. Stimmungsbericht der Technischen Überwachung im Gebiet der Direktion 4 (nicht datiert), in: BA-MA, RW 31, 656, Bl. 56–57.

denn häufig waren es gerade die Inkompetentesten, die als Spezialisten in die besetzten Ostgebiete gingen.⁸⁴

Seit Sommer 1942 gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zu dem steigenden lokalen Bedarf, insbesondere an Fachkräften.⁸⁵ Auch im Steinkohlenbergbau machte sich mit dem fortschreitenden Wiederaufbau ein wachsender Arbeitskräftemangel bemerkbar, der die BHO veranlasste, die bereits für sie tätigen Bergleute von den Reichswerbungen freustellen zu lassen.⁸⁶ Zudem setzte sie sich beim Reichswirtschaftsministerium und beim Wirtschaftsstab Ost massiv für eine Verbesserung der Ernährung der Bergleute ein, die auf die gleichen Rationen angehoben werden sollte, die die sowjetischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen im deutschen Bergbau erhielten.⁸⁷ Bis dahin hatten die Bergleute gemäß den Verpflegungssätzen des Wirtschaftsstabes Ost für Schwerarbeiter „weniger bekommen als der russische Normalarbeiter in Deutschland, und weniger als die Hälfte des russischen Bergarbeiters im Reich“.⁸⁸ Auch im Vergleich zu anderen Gruppen lokaler Arbeitskräfte, wie der Belegschaft der Stadtverwaltung Stalino, waren sie benachteiligt, was zu Spannungen führte.⁸⁹ Zudem waren selbst die mageren Sätze häufig gar nicht zur Ausgabe gekommen. Paul Pleiger erreichte, dass Hitler am 1. Juli 1942 einen Führerbefehl zum Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezgebiet unterzeichnete, der unter anderem die Sicherstellung der Bergleuteverpflegung vorsah.⁹⁰ In der Folge verbesserte sich die Verpflegung zumindest der zivilen Bergleute und ihrer Angehörigen offenbar deutlich, vor allem dadurch, dass die Rationen nun auch tatsächlich ausgegeben wurden. Zu diesem Zweck waren vermehrt Werksküchen eingerichtet worden. Der Verpflegungsnachteil gegenüber den ins Reich deportierten Arbeitskräften blieb jedoch weiterhin bestehen.⁹¹

84 Vgl. dazu Chiari, *Alltag hinter der Front*, S. 59 ff.

85 Vgl. Lagebericht der WiS von Juni 1942, in: BA-MA, RW 31, 431. Im November wurde das Gebiet der Heeresgruppe B aufgrund des Arbeitskräftemangels über mehrere Wochen für die Reichswerbungen gesperrt. Vgl. BA-MA, RW 31, 418.

86 Vgl. Bericht der Abteilung Donezkohle der BHO an die WiS vom 12. Juli 1942 über Schwierigkeiten bei der Kohlenförderung, in: BA-MA, RW 31, 432, 339.

87 Vgl. Schreiben der Abteilung Donezkohle an die BHO-Zentrale in Berlin vom 7.6.1942; Schreiben der BHO an das Reichswirtschaftsministerium vom 19.6.1942; Schreiben der Chefgruppe Donezkohlenbergbau an den Wirtschaftsstab Ost vom 19.6.1942, in: BA-MA, RW 31, 344. Der Bergbau konkurrierte bei der Rekrutierung von Arbeitskräften nicht nur mit den Sauckel-Werbern, sondern auch mit der Wehrmacht, die ihren Arbeitskräften deutlich höhere Verpflegungsrationen zuteilte. Vgl. BA-MA, RH 22, 92.

88 Vgl. Schreiben der Chefgruppe Donezbergbau an den Wirtschaftsstab Ost vom 19. Juni 1942, in: BA, R 3101, 31156.

89 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BA, R 58, 221, Bl. 184.

90 Im Hinblick auf den konkreten Umfang der Verpflegungsrationen existieren in den Akten mindestens zwei Varianten des Befehls; in beiden Fällen wurde jedoch eine Besserstellung gegenüber den zuvor geltenden Sätzen angestrebt. Vgl. BA-MA, RH 22, 92; RW 31, 976.

91 Vgl. BA-MA, RW 31, 344, 414.

Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaus erfuhr in der Folge einen deutlichen Zustrom und stieg bis November auf über 100.000 an. Neben der Verbesserung der Verpflegung, die zahlreiche Bergleute freiwillig zu ihren Gruben zurückkehren ließ, war dies vor allem auf den Zugewinn neuer Bergbaugebiete im östlichen Donezbecken im Zuge der Sommeroffensive zurückzuführen. Der Verlust dieser Gebiete bereits im Februar 1943 erklärt auch das neuerliche starke Absinken der Belegschaftskurve im März 1943.⁹² Ein dritter Grund bestand darin, dass seit Juli 1942 erstmals auch sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte im Bergbau eingesetzt wurden. Der Führerbefehl sah die Bereitstellung von 60.000 Kriegsgefangenen für den Donezbergbau vor.⁹³ Bis Mitte August 1942 waren nach Fertigstellung der Lager bei den Bergwerken etwa 22.000 Kriegsgefangene gestellt worden. Sie arbeiteten zum größten Teil über Tage beim Wiederaufbau der Schachtanlagen und bei Aufräumungsarbeiten. Ein großer Teil der Kriegsgefangenen konnte aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes gar nicht oder nicht untertage eingesetzt werden.⁹⁴ Ende September befanden sich in den Lagern bereits 39.000 Kriegsgefangene, von denen jedoch wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Bewachungskräfte nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnten. Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen war extrem hoch und betrug nach Angaben der OFK Donez im November in den Bergbau-Stammlagern (Stalag) über 12 % monatlich. In vielen Lagern herrschten Fleckfieber und Typhus. Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen war gering, was neben ihrem schlechten Gesundheitszustand auch daran lag, dass der größte Teil von ihnen Bauern waren und nur sehr wenige Bergleute oder andere Facharbeiter.⁹⁵ Außerdem leisteten die Kriegsgefangenen zunehmend passiven Widerstand, der sich darin äußerte, dass nur in Anwesenheit von deutschen Aufsichtspersonen gearbeitet wurde.⁹⁶ Hinzu kam, dass die Lagerleitungen den Einsatz von Kriegsgefangenen unter Tage in der Nachtschicht ablehnten, was für die Bergwerke ein betriebliches Problem darstellte.⁹⁷ Bis zum Jahresende 1942 hatte sich die Zahl der Kriegsgefangenen im Bergbau wieder auf 8.200 reduziert und bis März 1943 waren sie nahezu völlig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden.⁹⁸ Man hatte sie in noch

92 Diese Gebiete wiesen ebenfalls große Zerstörungen durch die Rote Armee auf. Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Don-Donetz für September 1942, in: BA-MA, RW 31, 433.

93 Vgl. BA-MA, RH 22, 92; BA-MA, RW 31, 976.

94 BA-MA, RW 31, 433, 343.

95 Von 4.200 Kriegsgefangenen der Gruppe Čistjakovo waren im November 1942 zum Beispiel nur 250 ausgebildete Bergleute. Vgl. BA-MA, RW 31, 434; 418; 421; 485.

96 Monatsbericht der BHO, Abt. Donezkohle vom November 1942, in: BA-MA, RW 31, 485.

97 BA-MA, RW 31, 434.

98 BA, R 3101, 34174.

größerem Maße als die zivilen Arbeitskräfte im Donezbergbau einfach „verheizt“, ohne dass ihre Arbeitskraft dabei für den Bergbau besonders produktiv gewesen wäre.⁹⁹ Von den unmenschlichen Zuständen, die in den Kriegsgefangenenlagern in Stalino herrschten, zeugen die Erinnerungen der wenigen Überlebenden.¹⁰⁰ Nach sowjetischen Angaben kamen allein im Gebiet Stalino (Donec'k) im Besatzungszeitraum bis zu 150.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben.¹⁰¹

Angesichts des wachsenden Arbeitskräftemangels vollzog die Arbeitseinsatzpolitik der lokalen Besatzungsbehörden einen deutlichen Wandel: Hatte bis dahin bei vielen der Glaube vorgeherrscht, nahezu unbegrenzt über Arbeitskräfte verfügen zu können, wurde nun zum einen die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft“ zur vorrangigen Parole, zum anderen aber auch die möglichst vollständige Erfassung aller vorhandenen Arbeitskräfte.¹⁰² Zur Steigerung der Arbeitsleistung erhöhte man nicht nur die Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden, wobei im Bergbau die gleiche Arbeitszeitregelung galt wie im Reich.¹⁰³ Seit Jahresende 1942 wurden zudem in vielen Betrieben Akkordarbeit und Leistungsprämien eingeführt.¹⁰⁴ Bis Mai 1943 war auch im Bergbau (zumindest für die Arbeitskräfte im Abbau) ein Wechsel von der Zeit- zur Gedingearbeit erfolgt. Leistungssteigerungen wurden zudem durch die Vergabe von Prämien in Form von zusätzlichen Lebensmittelzuteilungen oder später auch Freizeitprämien (z. B. für Überlandfahrten) erzielt. Eine leichte Verbesserung der Versorgungslage wurde – in Anlehnung an sowjetische Traditionen – durch umfangreiche Zuweisungen von Gartenland an die Arbeitskräfte erreicht. Diese hatte allerdings negative Auswirkungen auf die Arbeitsdisziplin, da sich die Arbeitskräfte beurlauben ließen oder Krankheit vortäuschten, um ihr Land zu bestellen.¹⁰⁵

99 Vgl. dazu einen Brief des Bergassessors Berkenkamp vom November 1942, in: BBA 55, 2579.

100 ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 154, 180. Vgl. zu den Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen auch: CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 4–26, sowie zu den menschenverachtenden Verbrechen im „Lazarett“ für die sowjetischen Kriegsgefangenen ebd., F. 1, Op. 23, D. 3869, Bl. 10–14.

101 O. Ionov, Zločynstva Nimciv u Donbasi [Verbrechen der Deutschen im Donbass], Kiev 1946, S. 15. Vgl. zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine auch K. C. Berkhoff, The „Russian“ Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre, in: Holocaust and Genocide Studies 15, 2001, S. 1–32. Für Kriegsgefangenenlager in Weißrussland und Russland vgl. jetzt mit neuer Deutung, die die Handlungsspielräume an der Basis betont: C. Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: VfZ 49, 2001, S. 97–158.

102 BA-MA, RW 31, 418, 434.

103 Vgl. DADO, F. R-1611, Op. 1, D. 2, Bl. 5; BA-MA, RW 31, 477.

104 BA-MA, RW 31, 418.

105 BA-MA, RW 31, 477; 423.

Wie sich der ukrainische Bergmann Valentin Nikitenko erinnerte, besaßen die Bergleute im Vergleich zu anderen Gruppen der lokalen Bevölkerung größere Mobilitätsfreiräume: „Jeder der arbeitete, bekam einen Ausweis. Ich durfte nachts während der Sperrstunde ausgehen, weil das Bergwerk rund um die Uhr arbeitete. Und mit diesem Ausweis durften wir uns überall bewegen, beinahe durch die ganze Ukraine, zum Beispiel wenn wir zu Fuß unterwegs waren, um Brot zu holen.“¹⁰⁶ Die Vorgesetzten schienen das Fernbleiben der Arbeitskräfte stillschweigend zu tolerieren. So erklärt sich, dass täglich bis zu 25 % der Belegschaft fehlten. Die auf diese Weise eingesparten Verpflegungsrationen wurden an die restliche Belegschaft als Leistungsprämien ausgegeben.¹⁰⁷ Für die nicht arbeitende Bevölkerung waren Fahrten von der Stadt aufs Land und umgekehrt wesentlich schwieriger, da Ausweise und Passierscheine nur an diejenigen ausgegeben wurden, die in deutschen Diensten standen.¹⁰⁸ Wer keine Dokumente besaß, konnte leicht in den Verdacht geraten, ein Widerstandskämpfer zu sein. Dazu erinnerte sich Nikitenko: „Wer arbeitete wurde nicht verfolgt. [...] Wer nicht arbeitete und keinen Ausweis hatte, den warf die SS in den Schacht.“¹⁰⁹ Gemeint ist damit das am östlichen Stadtrand von Stalino liegende Bergwerk „4-4-bis Kalinovka“, in dem nach der Befreiung des Donbass eines der größten Massengräber der Region mit – nach Schätzungen der Moskauer Staatskommission zur Aufklärung der deutschen Kriegsverbrechen – bis zu 75.000 Leichen vorgefunden wurde.¹¹⁰

Auch auf alte sowjetische Methoden der Leistungssteigerung griff man im Bergbau – mit überwiegend gutem Erfolg – zurück: Beispielsweise wurden die besten Arbeiter durch Aushängen ihrer Namen in den Betrieben öffentlich belobigt.¹¹¹ Unter Hinzuziehen ukrainischer Fachleute beriet man sogar ernsthaft über die Einführung früherer sowjetischer Arbeitsmethoden, insbesondere der Stachanov-Bewegung.¹¹² Die Maßnahmen zur Leistungsstei-

106 Vgl. Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

107 Vgl. BA-MA, RW 31, 477, 423.

108 CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 27–36.

109 Vgl. Interview mit V. Nikitenko.

110 Dorthin wurden täglich mehrmals mit Lastwagen die Körper bereits toter Menschen (zum Teil Opfer, die in speziellen Gaswagen vergast worden waren) sowie auch Personen, die dann unmittelbar dort erschossen wurden, gebracht. Die Opferzahl, die von der Kommission auf der Grundlage von Volumenberechnungen geschätzt wurde, ist vermutlich zu hoch. Vgl. ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 156–177.

111 BA-MA, RW 31, 423.

112 BA-MA, RW 31, 424. Die Stachanov-Bewegung geht auf den Bergmann Stachanov zurück, der 1935 während einer Nachtschicht im Donbass-Bergbau 102 Tonnen Kohle hieb und damit die Norm zu 1457 % erfüllte. Dass ihm dabei zahlreiche Helfer zur Seite standen, die Kohle und Schutt wegräumten und den Streb sicherten, wurde von der Propaganda verschwiegen. Ursprünglich als Industriekampagne geplant, sollte die Stachanov-Bewegung vor allem dazu beitragen, die Arbeiter durch Leistungsanreize zur Überfüllung der Normen zu bewegen und damit den Faktor Arbeit produktiver zu machen.

gerung schienen im Bergbau erfolgreich zu sein, was sich darin äußerte, dass das maximale Förderergebnis vom Januar 1943 im Juli bereits leicht übertroffen wurde, und zwar trotz der großen Gebietsverluste vom Frühjahr und mit nur etwas mehr als der Hälfte der damaligen Belegschaft (ca. 55.000). Die Schichtleistung pro Arbeitskraft (gemessen an der Gesamtbelegschaft) zeigte eine stetig ansteigende Kurve, und nach Ansicht der Chefgruppe Arbeit der WiS wurde „in der größeren Zahl der Schächte die Leistung der Sowjetzeit bereits erreicht“.¹¹³ Im Gesamtdurchschnitt lag die Schichtleistung jedoch auch im Juli 1943 noch bei etwa 0,3 Tonnen und damit unter der sowjetischen Vorkriegsleistung.¹¹⁴

Der festzustellende Anstieg der Förderleistung mag umso mehr überraschen, als laut einer im Juli 1943 durchgeführten Überprüfung im Steinkohlenbergbau weiterhin ein großer Mangel an Facharbeitern bestand. Demnach war ein verhältnismäßig hoher Anteil von Jugendlichen unter Tage eingesetzt sowie fast ein Drittel Frauen¹¹⁵ und 6 % nicht voll einsatzfähige Arbeitskräfte. Insgesamt stellten die gelernten Bergleute weniger als die Hälfte der Belegschaft des Donezbergbaus.¹¹⁶ Hinzu kam, dass auch die allgemeinen Ar-

Sie entwickelte sich aber schnell zu einer Massenbewegung, die weit über ihre ökonomische Bedeutung hinausging und für viele Sowjetbürger zum Symbol des Aufbruchs und der neuen Arbeitsmoral wurde. Die enorme Breitenwirkung der Stachanov-Bewegung schöpfte ihre Kraft nicht zuletzt aus dem Glauben vieler Arbeiter an die Modernisierung und den permanenten Fortschritt im Sowjetsystem. Vgl. dazu R. Maier, *Die Stachanov-Bewegung 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft*, Stuttgart 1990; L. H. Siegelbaum, *Stachanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935–1941*, Cambridge 1988.

113 Vgl. BA-MA, RW 31, 477.

114 Im sowjetischen Bergbau lag die Förderleistung pro Mann und Schicht – jeweils berechnet für die Gesamtbelegschaft – unter einer Tonne während sie im Ruhrbergbau bis zu 1,6 Tonnen erreichte. Dabei war die Schichtleistung in den einzelnen Bergwerken sowohl im Donbass als auch im Ruhrrevier sehr unterschiedlich. Die geringere Schichtleistung im Donezbergbau unter der Okkupation erklärt sich auch daraus, dass ein größerer Teil der Arbeitskräfte zu Wiederaufbauarbeiten übertage eingesetzt werden musste. Waren vor dem Krieg über drei Viertel der Gesamtbelegschaft untertage beschäftigt, so arbeitete unter der Besetzung nur etwa ein Drittel der Arbeitskräfte untertage. Allerdings war auch im deutschen Bergbau der Anteil der Übertagebelegschaft in den Kriegsjahren deutlich angestiegen. Vgl. BA-MA, RW 31, 412, 485; -Jasnopol'skij, Kamennougol'naja Promyšlennost', T. I, S. 190–208.

115 Der Arbeitseinsatz von Frauen hatte allgemein zunehmende Bedeutung gewonnen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Bereitstellung von „Ostarbeiterinnen“ als Haushaltshilfen, sondern auch zur Deckung des Bedarfs der lokalen Betriebe. Um Mütter als Arbeitskräfte freizustellen richtete man verstärkt Kindergärten ein. Im Bergbau war der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig angestiegen und erreichte im Juli 1943 28,5 % – damit lag er sogar etwas höher als in der Vorkriegszeit. Vgl. BA-MA, RW 31, 421, 424, 441; NA, T77, rolls 1105, 1106.

116 Der Anteil an qualifizierten Bergarbeitern betrug bei den Hauern und Lehrhauern 11 % und bei den Zimmerhauern 6 %. Zum Vergleich: Im Ruhrkohlenbergbau betrug 1942 der Anteil der gelernten Hauer und Lehrhauer 44 % und der der Zimmerhauer 10 %. Vgl. BA-MA, RW 31, 441.

beitsbedingungen für die Bergleute außerordentlich schlecht waren: Viele besaßen weder Arbeitskleidung noch Schuhwerk und Seife. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter galt als allgemein schlecht; insbesondere Haut- und Lungenkrankheiten waren verbreitet.¹¹⁷ Überraschend scheint zudem die Tatsache, dass es trotz der großen Zahl unqualifizierter Arbeitskräfte in den Gruben im Besatzungszeitraum offenbar nicht zu größeren Unglücken kam. Jedenfalls finden Grubenunglücke weder in der Überlieferung der Wirtschaftsbehörden und der BHO noch in der Besatzungspresse Erwähnung.

IV. Die innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen im Bergbau: Umkehr der Hierarchien. Aussagen über die konkreten Arbeitsbedingungen in den einzelnen Bergbaubetrieben im Donbass zu treffen – und damit auch über Arbeitsbeziehungen und Handlungsspielräume an der Basis – fällt schwer, da die gesamte Überlieferung der einzelnen Direktionen, Gruppen und Bergwerke der BHO im Donbass – mit Ausnahme zweier unbedeutender Splitterbestände im Gebietsarchiv von Donec’k¹¹⁸ – als verschollen gelten muss.¹¹⁹

Auf der Grundlage anderer verfügbarer Quellen soll dennoch versucht werden einige grundlegende Elemente der betrieblichen Arbeitsbeziehungen zu rekonstruieren. Zunächst stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den einheimischen und den deutschen Arbeitskräften. Angesichts der großen Zahl der im Donezbergbau eingesetzten deutschen Fachkräfte – über 1800 – hatten die meisten einheimischen Bergleute direkten Kontakt zu den Deutschen.¹²⁰ Offenkundig ist auch die lohnrechtliche Benachteiligung der einheimischen Arbeitskräfte gegenüber den deutschen: Ein deutscher Hauer verdiente im Donbass ein altersabhängiges Grundgehalt, das zwischen 350 und 450 Reichsmark lag, während sein sowjetischer Berufskollege umgerechnet weniger als ein Zehntel davon erhielt.¹²¹ Glaubt man den Erinnerungen des ukrainischen Zeitzeugen Nikitenko, war die Welt untertage vom allgemeinen Terror des Besatzungsregimes jedoch noch weitgehend unberührt: „Die Leute, die mit uns auf der Zeche gearbeitet haben, das waren Bergleute aus dem Ruhrgebiet und vielleicht auch aus dem Saarland. Sie selbst waren Bergleute von Beruf. [...] Diese Bergleute waren für uns ‚unsere Deutschen‘. Sie krümmten niemandem ein Haar. Sie verstanden uns und sagten uns sogar: ‚Wir sind genauso Arbeiter wie Ihr!‘“.¹²² Aus anderen

117 BA-MA, RW 31, 477; NI 4332.

118 Vgl. DADO, F. R-1611; F. R-1622.

119 Diesbzgl. Archivrecherchen in den Bundesarchiven sowie in den Staatsarchiven der Ukraine, Rußlands und den USA blieben erfolglos. Für Hinweise über den Verbleib der Überlieferung ist die Autorin dankbar.

120 Vgl. BA-MA, RW 31, 485; 709, Bl. 50.

121 Vgl. Anlage zum Gehaltsrahmen der BHO, in: BBA 20/241.

122 Interview mit Valentin Nikitenko (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec’k.

Bergwerken ist dagegen überliefert, dass die einheimischen Arbeitskräfte von deutschen Steigern geschlagen und gedemütigt wurden.¹²³ Auch die WiS stellte im Juli 1942 in ihrem Lagebericht fest, dass „gelegentliche schlechte Behandlung, besonders Schlagen der Arbeiter“ einen negativen Einfluss auf die allgemeine Stimmung ausübten.¹²⁴ Zeitzeugenberichte bestätigen dies.¹²⁵ Zudem beklagte die WiS, dass „ein erheblicher Teil der eingesetzten Fachkräfte charakterlich den Anforderungen an einen Arbeitspionier in keiner Weise entspricht“.¹²⁶ Für den Fördererfolg spielten die innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen eine wichtige Rolle. Steigerungen der Arbeitsleistung wurden wie es scheint zumeist nicht durch eine Verschärfung des Zwangs, sondern eher durch richtigen Einsatz und Behandlung der einheimischen Arbeiter erzielt: „Soweit [...] Stammarbeiter wieder in ihren eigenen Betrieben beschäftigt und vom Betriebsführer richtig behandelt werden, ist eine bemerkenswerte Steigerung der Arbeitsfreude und Leistung zu bemerken“, heißt es dazu im Lagebericht der Wirtschaftsinspektion vom November 1942.¹²⁷ Die richtige Führung der einheimischen Arbeitskräfte erforderte von den deutschen Betriebsführern einiges Fingerspitzengefühl für das spezifische Selbstwertgefühl des sowjetischen Arbeiters, der wengleich er mit seinem Monatslohn noch nicht einmal den Tagesbedarf an Lebensmitteln abdecken konnte, doch in seinem „starken Ehr- und Gerechtigkeitsgefühl verletzt war“, wenn er nicht gemäß seines in der Sowjetunion eingeführten Lohnsatzes entlohnt und beschäftigt wurde.¹²⁸ Die „Gewandtheit der Betriebsführer auf diesem Gebiet“ war jedoch – laut Ansicht der WiS – sehr unterschiedlich.¹²⁹

Der Arbeitsalltag der Bergleute wurde jedoch nicht nur durch das deutsche Aufsichtspersonal bestimmt, sondern in ebenso großem Maße durch die 2.165 sowjetische Bergbauingenieure und Techniker, die für die BHO tätig waren und sich „im allgemeinen bereitwillig zur Verfügung stellten“.¹³⁰ Die Mitarbeit zahlreicher Bergbauingenieure, die bei den deutschen Unterneh-

123 Vgl. ASBUDO, F. 1, D. 26612, 42341, 66345.

124 BA-MA, RW 31, 432.

125 Aleksandra Pronjakina, die als 15-Jährige in einem Bergwerk untertage gearbeitet hatte, erinnerte sich, dass sie selbst von einem deutschen Steiger öffentlich vor der gesamten Belegschaft ins Gesicht geschlagen worden war, weil sie eine Woche nicht zur Arbeit erschienen war. Vgl. Interview mit Aleksandra Pronjakina (geb. 1927), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

126 Vgl. KTB der WiS vom 21. Januar 1943, in: NA, T-77, roll 1104.

127 BA-MA, RW 31, 418.

128 Vgl. Lagebericht der WiS für April 1943, in: BA-MA, RW 31, 423.

129 Ebd.

130 Vgl. Statistik der Gruppe Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd, in: BA-MA, RW 31, 441, Bl. 8, sowie Arbeitsbericht der BHO für die erste Verwaltungsratssitzung im Dezember 1941, in: BA, R3101, 34174, Bl. 51. Vor Kriegsbeginn arbeiteten im Steinkohlenbergbau des Donbass etwa 1.600 Ingenieure und 2.200 Techniker. Vgl. Jasnopol'skij, Kamenougol'naja promyšlennost', tom 1, S. 179–83.

mern in gutem Ruf standen,¹³¹ war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der deutschen Ausbeutungspolitik im Bergbau.¹³²

Die Ingenieure und Techniker untersuchten die zerstörten Gruben und gaben Empfehlungen, welche Bergwerke zuerst wieder aufgebaut werden sollten. Sie versorgten die Deutschen mit Grubenplänen und Markscheider-Daten, ohne deren Kenntnis der Wiederaufbau der Bergwerke in vielen Fällen unmöglich gewesen wäre. Außerdem organisierten einige der Ingenieure die Rekrutierung der Arbeitskräfte. Sie übergaben der Polizei Listen mit der früheren Stammebelegschaft der einzelnen Gruben, die diese dann – wenn erforderlich mit Gewalt – zur Arbeit einzog. In einzelnen Fällen erstellten sie auch Listen von „schlechten Arbeitskräften“ oder von Arbeitslosen, die dann ins Reich verschleppt wurden, und beteiligten sich an der „Aussonderung von Juden und Kommunisten“.¹³³

Im Gegenzug wurden die leitenden Ingenieure von den Deutschen zum Teil mit weit reichenden Vollmachten sowie mit materiellen Vorteilen ausgestattet. Einige waren berechtigt, die Ingenieure, technischen Mitarbeiter und Arbeiter einzustellen und zu entlassen, und durften in Einzelfällen sogar Schusswaffen tragen. Leitende Mitarbeiter der BHO konnten Pächter von Kleinschächten werden (wobei sie 50 % der erzielten Gewinne behalten durften), erhielten Land zur privaten Nutzung oder andere Versorgungsbetriebe zur Pacht (Getreide- und Ölmühle). In einem Fall baute sich ein Ingenieur unter Ausnutzung der Arbeit von Kriegsgefangenen sein privates Eigenheim. Es kam vor, dass die einheimischen Aufseher die Arbeitskräfte ebenso schlecht oder sogar schlechter behandelten als das deutsche Personal. In einigen Fällen wandten sie bei Arbeitsverweigerungen gegenüber den Arbeitern ein hartes Strafsystem mit Prügelstrafen und Lebensmittelentzug an

131 So heißt es in einem Reisebericht einiger führender deutscher Wirtschaftsmanager (darunter Paul Pleiger und Alfred Krupp von Bohlen und Halbach) ins Donezbecken im August 1942: „Ebenso wird die Leistung der russischen Ingenieure und Wissenschaftler seitens der deutschen Betriebsleiter außerordentlich gut beurteilt, da nach ihrer Ansicht der russische Techniker und Wissenschaftler neben einer guten geistigen Grundveranlagung eine recht gute Ausbildung genossen hat. So werden von einigen Herren die russischen Ingenieure besser als die deutschen beurteilt. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, daß sich die Betriebsleiter veranlaßt gesehen haben, sogar Deutsche besonders qualifizierten Russen zu unterstellen.“ Vgl. NIK-3892, Bl. 4.

132 Diese Tatsache wird in einem geheimen NKGB-Bericht vom November 1943 an den ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine Chruščev konstatiert. Der Bericht erwähnt 22 Spezialisten, zum größten Teil Bergbauingenieure und Markscheider, die die Deutschen aktiv beim Wiederaufbau der Bergwerke unterstützten. Der größte Teil von ihnen wurde in Prozessen vor sowjetischen Militärtribunalen verurteilt. Vgl. Penter, Die lokale Gesellschaft im Donbass, S. 211–20.

133 ASBUDO, F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27–41. Sowjetische Bergbauingenieure wurden auch als Aufseher für sowjetische Kriegsgefangene im oberschlesischen Bergbau eingesetzt. Vgl. Staatsarchiv Katowitz, Außenstelle Pless, Fürstengrube 74, Bl. 63.

– manchmal sogar auf eigene Initiative, ohne Anweisung des deutschen Bergwerksdirektors.¹³⁴

Warum stellten sich offenbar so viele Ingenieure in deutsche Dienste? Was waren ihre Motive? Zunächst ist festzustellen, dass offenbar ein großer Teil der Industriekader im besetzten Gebiet verblieben ist und nicht – wie die Sowjethistoriografie vermittelt – evakuiert wurde.¹³⁵ Die Motive für eine Zusammenarbeit mit den Deutschen konnten sehr unterschiedlich sein. Sie reichten von der elementaren Existenzsicherung oder dem Bestreben nach Selbstbereicherung bis hin zu politischen Überzeugungen. Eine mögliche feindliche Haltung bei den Ingenieuren gegenüber der Sowjetregierung ist vermutlich auf spezifische Repressionserfahrungen der gesamten Berufsgruppe in den 1920er und 1930er Jahren zurückzuführen. Hinzu kam möglicherweise bei einigen auch die Enttäuschung über die sozialistischen Produktionsmethoden und der Glaube an die technische Überlegenheit und das Modernisierungspotenzial der deutschen Besatzer.¹³⁶

Interessant erscheint zudem, dass die innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen im Bergbau unter der Besatzung von einer gewissen „Umkehr der Hierarchien“ geprägt gewesen zu sein scheinen. Vor allem als Folge der Stachanov-Bewegung (1935–1938) war das technische Personal in den Betrieben der Sowjetunion immer mehr zum „Handlanger der Stachanovisten“ degradiert, der den Arbeitern dienen und sich deren Wünschen unterordnen musste. Diese Entwicklung wurde begleitet von der Sowjetpropaganda, die ein Bild vom Ingenieur als potenziellem Feind des Arbeiters entwarf.¹³⁷ Unter der Besatzung erfuhren diese Arbeitsbeziehungen dann eine erneute „Umkehr der Hierarchien“. Aus diesen spezifischen Arbeitserfahrungen in den 1930er Jahren erklärt sich möglicherweise auch die Tatsache, dass einzelne Ingenieure ihre Position unter der Besatzung dazu nutzten, die Arbeiter zusätzlich zu quälen und zu demütigen und somit eine Art „Rache“ für früher erlittene Demütigungen zu nehmen.

Nicht alle Spezialisten kooperierten mit den deutschen Besatzungsbehörden. Es gab auch Fälle, in denen Ingenieure, die in leitender Position für die Deutschen arbeiteten, tatsächlich als Agenten für den NKVD oder für Partisaneneinheiten tätig waren.¹³⁸ Insgesamt war der Widerstand der lokalen Bevölkerung im Donbass gegen das deutsche Besatzungsregime – im Ge-

134 ASBUDO, F. 1, D. 26612, Tom 1., Bl. 231–276; Tom 2, Bl. 375–454; D. 6634; D. 42341, Bl. 3–13.

135 Sowjetische Quellen berichten allein für das Gebiet Stalino von 2.594 Führungskadern der Industrie, die im besetzten Gebiet geblieben waren. Vgl. DADO, F. 326, Op. 2, D. 61, Bl. 28.

136 Vgl. dazu ausführlich Penter, Die lokale Gesellschaft im Donbass, S. 217–20.

137 Vgl. S. Schattenberg, Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren, München 2000, S. 339 ff.

138 Vgl. die Memoiren von Aleksandra Pronjakina, My pomnim ... [Wir erinnern uns ...], Doneck 2001.

gensatz zu seiner propagandistischen Überhöhung in der Sowjethistoriografie – vergleichsweise gering. Anders als beispielsweise in Polen kam es in der gesamten Ukraine nicht zur Herausbildung einer „Gegengesellschaft“. Auch die Partisanentätigkeit blieb in der Steppenregion des Donezbeckens verschwindend gering.¹³⁹

V. Die Erfahrung des Arbeitseinsatzes: Kontinuitäten und Brüche zur Sowjetherrschaft. Wie ist der Arbeitseinsatz der Bergleute im Donbass historisch einzuordnen? Mit welcher Begrifflichkeit kann er angemessen beschrieben werden? Passt der für den Reichseinsatz entwickelte Begriff der Zwangsarbeit auf die Situation in den besetzten sowjetischen Gebieten? Unbestritten scheint zunächst der große wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für die deutsche Kriegswirtschaft und zwar gleichermaßen im Reich wie in den besetzten Gebieten. Obwohl nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden konnte, führte die Steinkohlenförderung im Donbass zu einer nicht zu unterschätzenden Entlastung des Kohlenbergbaus im Reich, die bei einem anderen Kriegsverlauf noch wesentlich an Bedeutung gewonnen hätte.¹⁴⁰

Im Hinblick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitskräfte im Donezbergbau zeigt der Vergleich zu den ins Reich deportierten „Ostarbeitern“, dass in beiden Fällen die Rekrutierung nur zum kleinen Teil freiwillig und zum erheblich größeren Teil unter Anwendung physischer Gewalt erfolgte und die Arbeitsverhältnisse auf längere Sicht nicht gelöst werden konnten. Beide Gruppen hatten zudem kaum Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen und waren am Arbeitsplatz weitgehend rechtlos. Bei Lohn und Verpflegung waren die Bergleute im Donbass sogar schlechter gestellt als ihre Landsleute im Reich. Insbesondere die Überlebenschancen der sowjetischen Kriegsgefangenen waren minimal. Im Gegensatz zu den im Reich in der Industrie beschäftigten Arbeitskräften waren zumindest die Zivilarbeiter im Donbass jedoch in der Regel nicht in Lagern untergebracht, sondern lebten in ihren alten Wohnungen und Familienverbänden.¹⁴¹ Das brachte für sie etwas größere Mobilitätsfreiräume und eine etwas geringere Kontrolle durch die deutschen Besatzungsbehörden mit sich. Dieses Zugeständnis an Mobilität war aber auch erforderlich, denn nur durch regelmäßige Hamsterfahrten aufs Land konnten die Familien überhaupt überleben.

139 Vgl. zum Widerstand im Donbass: Penter, *Die lokale Gesellschaft im Donbass*, S. 192–95.

140 Bericht des Wirtschaftsstabes Ost/Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1.

141 Es gab zwar in der Ukraine zahlreiche Arbeitslager, in die die Zivilbevölkerung bei Verstößen gegen die Besatzungsvorschriften für Wochen und Monate eingewiesen wurde. Insgesamt gesehen war jedoch nur ein sehr kleiner Teil der arbeitenden Zivilbevölkerung in Lagern untergebracht. Vgl. dazu Dovidnyk *pro tabory, tjurny ta getto na okupovanij terytorij Ukrainy (1941–1944)* [Führer zu Lagern, Gefängnissen und Ghettos im besetzten Gebiet der Ukraine (1941–1944)], Kiev 2000.

Die sonstigen Arbeitsbedingungen waren ebenso katastrophal wie im Reich. Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass die Situation der Bergleute im Donbass im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Ausbeutung, die sehr schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und die Ausübung von Terror und Zwang mindestens ebenso schlecht war wie die ihrer Landsleute im Reich. Dabei wird jedoch eingeräumt, dass der Umstand der Lagerunterbringung und das Herausreißen aus den Familienverbänden und vertrauten Sozialbeziehungen den Reichseinsatz für viele der Betroffenen möglicherweise noch unerträglicher machten.

Angesichts der selektiven Hungerpolitik der Besatzungsmacht gegenüber den ukrainischen Industrieregionen und der allgemeinen Logik des Vernichtungskrieges könnte man den Arbeitseinsatz der Bergleute aber genauso gut unter dem Aspekt der „Rettung durch Arbeit“ betrachten. Denn letztlich war es das wachsende Interesse der deutschen Kriegswirtschaft an der Ausbeutung der Arbeitskraft der sowjetischen Industriearbeiter, das zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und damit zu einer Erhöhung ihrer Überlebenschancen führte. Alltäglicher Terror und Gewalt größten Ausmaßes bis hin zu Massentötungen, die sich nicht nur gegen die jüdische Bevölkerung, sondern auch gegen potenzielle Widerstandskämpfer aus der Zivilbevölkerung sowie gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen oder gegen die physisch schwächsten und nicht arbeitsfähigen Teile der Bevölkerung richteten, gehörten ebenso zum Erfahrungshorizont der lokalen Bevölkerung unter der Besatzung,¹⁴² sind jedoch nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Unter der allgegenwärtigen Todesbedrohung war der Arbeitseinsatz möglicherweise ein Bereich des Besatzungsalltags, in dem ein vergleichsweise hohes Maß an „Normalität“ erfahren wurde und der den Beschäftigten einen gewissen Schutz vor physischer Vernichtung sicherte sowie die „Gemeinschaft des Kollektivs“ erhielt, wie sich die Zeitzugin Aleksandra Volkova erinnerte.¹⁴³ Kenneth Straus hat auf die Rolle der sowjetischen Betriebe als „Gemeinschaftsstifter“ in der Sowjetunion der 1930er Jahre hingewiesen.¹⁴⁴ Angesichts noch größeren Leids, dem andere Bevölkerungsgruppen ausgesetzt waren – und das sich weitgehend vor den Augen der Bevölkerung abspielte –, relativierte sich das eigene Leid möglicherweise für die Betroffenen.

Und noch eine weitere Ebene der Relativierung wird deutlich, wenn wir nach der Wahrnehmung und Erfahrung des Arbeitseinsatzes bei den Betroffenen fragen: Vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Arbeits- und Alltagserfah-

142 Vgl. dazu die Berichte der Moskauer Staatskommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen, in: Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), F. 7021, Op. 72 (Stalino); Op. 56 (Vorošilovgrad) sowie einzelne deutsche Nachkriegsprozesse gegen Deutsche, die in diese Verbrechen unmittelbar verstrickt waren, z. B. den Prozess gegen den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Stalino, in: Staatsarchiv Münster, Staatsanwaltschaft Dortmund, Zentralstelle 45Js 5/73.

143 Interview mit Aleksandra Volkova (geb. 1926), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.

144 Vgl. K. M. Straus, *Factory and Community in Stalin's Russia*, Pittsburgh 1997.

rungen in der Sowjetunion der 1930er Jahre stellte die Besatzungszeit nur zum Teil etwas qualitativ völlig Neues dar. In Interviews mit Zeitzeugen ist das manchmal spürbar, ebenso wie in der Semantik der sowjetischen Quellen.¹⁴⁵ Die deutsche Verantwortung für die Verbrechen verringert sich dadurch in keiner Weise.

Um Zwangsarbeit als massiven Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte wahrnehmen zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung, dass zuvor die Erfahrung „freier Arbeit“ gemacht wurde. Die Alltagserfahrung der meisten sowjetischen Arbeitskräfte war jedoch geprägt von der Aufhebung der Freizügigkeit, extrem schlechten Wohnbedingungen, geringer Kaufkraft, rationierter Lebensmittelversorgung und – spätestens seit Ende der 1930er Jahre – auch dem Fehlen eines Arbeitsmarktes und der freien Wahl des Arbeitsplatzes. Bereits kurz nach der Oktoberrevolution war in Sowjetrußland eine allgemeine Arbeitspflicht für die gesamte Bevölkerung eingeführt worden. Sie begrenzte die Möglichkeiten des einzelnen Arbeiters, das Arbeitsverhältnis selbstständig zu beenden, und sah auch ein zwangsweises Heranziehen zur Arbeit vor.¹⁴⁶ Im Hungerjahr 1932 folgte ein Gesetz zur Arbeitsdisziplin, das den Arbeitsplatzwechsel und die starke Fluktuation der Arbeitskräfte in den Betrieben (insbesondere die hungerbedingte Landflucht der Bauern) kontrollieren und unterbinden wollte, jedoch nach der Hungerkatastrophe nicht mehr so rigoros angewendet wurde. Eine erneute Verschärfung der Arbeitsdisziplinengesetze begann dann 1938 mit der Einführung von Arbeitsbüchern und endete mit dem restriktiven Arbeitsgesetz vom Juni 1940, das eigenmächtige Kündigungen, unerlaubtes Fernbleiben oder Verspätungen zu kriminellen Vergehen erklärte und mit mehrmonatigen Haftstrafen bestrafte.¹⁴⁷ Im Selbstverständnis des Sowjetstaates war Zwangsarbeit (*prinuditel'nyj trud*) jedoch eine Erscheinung, die charakteristisch für kapitalistische Gesellschaften war und in einem sozialistischen Staat gar nicht vorkam.¹⁴⁸

145 So wird der Arbeitseinsatz der lokalen Bevölkerung weder in den sowjetischen Akten der Kriegs- noch der Nachkriegszeit als Zwangsarbeit beschrieben. Zwangsarbeit war im Verständnis der Sowjetbürger interessanterweise fest verbunden mit der Unterbringung in einem Arbeitslager. Vgl. dazu beispielsweise Zeugenaussagen in sowjetischen Nachkriegsprozessen gegen führende Vertreter der Stadtverwaltung von Stalino unter der Besatzung, in: ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1–7; Lageberichte von Partisanen-Einheiten zur Situation in den besetzten Gebieten, in: CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, sowie die Berichte der Moskauer Staatskommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen, in: GARF, F. 7021, Op. 72 (Stalino); Op. 56 (Vorošilovgrad).

146 Vgl. *Ėnciklopedija gosudarstva i prava* [Enzyklopädie Staat und Recht], Bd. 3, Moskau 1930, S. 930–932.

147 Vgl. S. Fitzpatrick, *War and Society in Soviet Context: Soviet Labor before, during, and after World War II*, in: *International Labor and Working-Class History* 35. 1989, S. 37–52, hier S. 40 f.

148 Vgl. dazu den Eintrag unter dem Stichwort „Zwangsarbeit“ (*prinuditel'nyj trud*) in: *Bol'saja Sovetskaja Ėnciklopedija* [Große Sowjetische Enzyklopädie], T. 20, Moskau 1975, S. 588.

Insbesondere im Bergbau stellten Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften keine Seltenheit dar, sondern waren nahezu die Regel, um große Kontingente in kurzer Zeit zu mobilisieren. Wurde der neue wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Bergbau zu Beginn des ersten Fünfjahresplans zum großen Teil aus den Reihen der „Kolchosniki“ und „Komsomolzen“ gedeckt, die in großer Zahl „desertierten“, so deportierte man nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 Arbeitskräfte aus der Westukraine in den Donbass. Beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit wurden dann in großem Umfang Arbeitskräfte des so genannten „Spezialkontingents“ eingesetzt – deutsche Kriegsgefangene und Internierte sowie repatrierte „Ostarbeiter“ und sowjetische Kriegsgefangene oder Häftlinge. Der Donbass glied vor allem in der Nachkriegszeit einem einzigen großen Arbeitslager, in dem verschiedene Gruppen von Arbeitskräften mit unterschiedlicher sozialer (und zum Teil auch ethnischer) Herkunft und mit unterschiedlichen Freiheitsrechten aufeinander stießen. Die Verbindung von Arbeit und Zwang war somit keine neue Erfahrung unter der Besatzung, sondern zog sich wie ein roter Faden durch die sowjetische Vor- und Nachkriegsgeschichte.

Zugleich treffen wir im sowjetischen Bergbau der 1930er Jahre aber auch auf spezifische Freiräume und Methoden der Leistungsmotivation – und auch darin bestanden Parallelen zur Besatzungszeit. Beispielsweise waren Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, insbesondere unerlaubtes Fernbleiben, charakteristisch – Erscheinungen, die unter der Besatzungsherrschaft ebenfalls mehr oder weniger geduldet wurden. In der Endphase der Besatzung griffen die deutschen Besatzungsbehörden sogar alte sowjetische Motivationsmethoden des „sozialistischen Wettbewerbs“ wieder auf. Auch die propagandistische Mobilisierung für den Arbeitseinsatz, bei der die Besatzungsorgane ähnliche Zukunftsvisionen sowie Modernisierungs- und Fortschrittsmotive wie die sowjetische Propaganda in den 1930er Jahren verwendeten, wies starke Parallelen auf. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass der theoretische Gegensatz zwischen „Freiheit“ und „Unfreiheit“ kein natürlicher, sondern letztlich ein konstruierter ist und den realen Arbeitsbeziehungen häufig nicht gerecht wird, insbesondere wenn man die westliche Welt verlässt. Die Charakterisierung von Arbeitsbeziehungen als „frei“ oder „unfrei“ ist demnach in bedeutendem Maße abhängig von dem jeweiligen methodischen Ansatz der Historiker.¹⁴⁹

Der Anstieg der Produktionszahlen unter der Besatzung zeigte, dass mit dem pragmatischen Zugang die besseren Ergebnisse erzielt wurden. Die Produktion stieg nicht durch den massenhaften Einsatz und „Verschleiß“ unqualifizierter Arbeitskräfte – das hatte der Kriegsgefangeneneinsatz gezeigt –, sondern durch materielle und ideelle Methoden zur Leistungsmotivation der

149 Vgl. dazu R. J. Steinfeld u. S. L. Engerman, Labor – Free or Coerced? A Historical Reassessment of Differences and Similarities, in: T. Brass u. M. van der Linden (Hg.), Free and Unfree Labour. The Debate Continues, Bern 1997, S. 107–26.

alten Stammebelegschaften. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kriegswirtschaft unter der deutschen Besatzung im Hinblick auf die Arbeits- erfahrung der lokalen Bergleute durch ein überraschend großes Maß an Kon- tinuität zu früheren sowjetischen Arbeitserfahrungen charakterisiert wurde. Dies ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass die stalinistische Kom- mandowirtschaft bereits den Charakter einer permanenten Notstandswirt- schaft besaß. Neuere Forschungsarbeiten zur Sowjetunion der 1930er Jahre sprechen sogar von einem „simulierten Kriegszustand“, der seinen Ausdruck in einer starken Militarisierung des alltäglichen Lebens fand.¹⁵⁰ Dieser per- manente Ausnahmezustand setzte sich in den ersten Nachkriegsjahren fort, was die Besatzungszeit für die Sowjetbürger möglicherweise noch einmal in neuem Licht erscheinen ließ: So liest man in den Stimmungsberichten der Parteikomitees im Donbass, dass der Hauer Žuravlev 1946 die Beteiligung an der allgemeinen Staatsanleihe verweigerte und öffentlich äußerte: „Mir ist ganz egal, für wen ich Kohle hae, für die Deutschen oder für die So- wjetmacht“¹⁵¹; oder der Bergbauingenieur Kovalevskij 1947 angesichts der enormen Versorgungsprobleme vor seinen Arbeitern verlauten ließ, unter den Deutschen sei vieles besser gewesen.¹⁵² Wie es scheint, handelte es sich dabei nicht um Einzelfälle.

Viel schwerer fällt es dagegen deutliche Brüche in der Arbeitserfahrung un- ter beiden Herrschaftssystemen auszumachen. In vieler Hinsicht war der NS-Arbeitseinsatz wie es scheint nur eine extreme Überspitzung dessen, was die Sowjetbürger in Ansätzen bereits in den 1930er Jahren erlebt hatten. Das Besondere der „neuen Ordnung“ findet sich vielleicht am ehesten in der erwähnten Umkehr innerbetrieblicher Hierarchien zwischen Arbeitern und Ingenieuren oder auch in der allgemeinen Besserstellung der Land- gegen- über der Stadtbevölkerung, die im Vergleich zur sowjetischen Erfahrung (insbesondere während der Hungersnot 1932/33) ebenfalls eine Umkehr der alten Hierarchien bedeutete.¹⁵³

Die Ausführungen zeigen, dass die Arbeitsbeziehungen unter der deutschen Besatzung als sozial-, gesellschafts- und kulturgeschichtliches Phänomen nur zu verstehen sind, wenn sie im Kontext der sowjetischen Vorkriegszeit historisiert werden. Daran schließt sich die Frage, ob es jenseits der indivi- duellen Erfahrungen der Betroffenen überhaupt eine objektive Kategorie von „Zwangsarbeit“ geben kann. Bereits Ulrich Herbert konstatierte, dass der „Zwangsarbeiter“-Begriff keine neutrale analytische Kategorie darstelle,

150 Vgl. D. Neutatz, *Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897–1935)*, Köln 2001, S. 13.

151 Vgl. Bericht des Kreiskomitees der KP(b)U in Kalinino, in: DADO, F. 326, Op. 4, D. 381, Bl. 117.

152 Vgl. Bericht des Gebietskomitees der KP(b)U in Stalino über die Stimmung in der Be- völkerung, in: DADO, F. 326, Op. 4, D. 929, Bl. 10.

153 Vgl. dazu ausführlich: Penter, *Arbeiten für den Feind in der Heimat*.

sondern bereits eine subjektive Bewertung im Hinblick auf die Rekrutierung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Betroffenen impliziere.¹⁵⁴ Es fragt sich zudem, welchem Erkenntnisinteresse die Übertragung des „Zwangsarbeiter“-Begriffs auf die besetzten Gebiete dienen kann. Die reine Beschreibung des Leids der Betroffenen aus der Perspektive der Täter erscheint diesbezüglich kaum fruchtbar. Zudem eignet sich ein solcher Ansatz wenig, um die Vielschichtigkeit der Arbeitsbeziehungen und Lebenslagen im besetzten Gebiet – Stadt- und Landbevölkerung, Arbeiter und Ingenieure, Juden und Nicht-Juden, Kriegsgefangene und Zivilarbeiter –, die einer regelrechten Hierarchisierung von Arbeitskräften gleichkommt, zu erfassen. Zwangsarbeiter-Forschung muss sich in den besetzten Gebieten daher viel stärker für die Fragestellungen einer Gesellschaftsgeschichte der Bevölkerung unter Besatzung öffnen.

Andererseits sind jedoch auch die Chancen dieser Neuauflage der Zwangsarbeiter-Diskussion für die besetzten Gebiete zu berücksichtigen: Das eingangs erwähnte Entstehen zweier gegensätzlicher historischer „Deutungskonzepte“ in Westdeutschland und in der Sowjetunion – „Zwangsarbeit“ versus „Arbeit für den Feind als Vaterlandsverrat“ – zeigt die enorme Politisierung des NS-Arbeitseinsatzes in den beiden Nachkriegsgesellschaften. Im Falle der „Ostarbeiter“ hat die Entschädigungsdiskussion dazu geführt, dass sich die Überlebenden seit Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal offen zu ihrem Lebensweg bekennen konnten und sich eine breitere Öffentlichkeit für die Erfahrungen der Betroffenen zu interessieren begann.¹⁵⁵ Die aktuelle Entschädigung der „Ostarbeiter“, bzw. die Nicht-Entschädigung anderer Bevölkerungsgruppen, führte jedoch insbesondere angesichts der allgemein katastrophalen Lebenssituation der Rentner in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch zu neuen gesellschaftlichen Spannungen. Vor diesem Hintergrund bedeutet die Übertragung des „Zwangsarbeiter“-Begriffs als Opferkategorie auf bestimmte Gruppen von Arbeitskräften in den besetzten sowjetischen Gebieten eine erstmalige historische Anerkennung des besonderen Lebensschicksals dieser lange Zeit stigmatisierten und manchmal auch diskriminierten Menschen, die aus der Perspektive der Betroffenen dringend geboten ist.

Dr. Tanja Penter, Ruhr-Universität Bochum, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17–19, 44789 Bochum, e-mail: Tanja.Penter@t-online.de

154 Vgl. U. Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985, S. 359.

155 Vgl. zu den von „Memorial Moskau“ 1990 begonnenen Versuchen zur Aufklärung des Schicksals der Ostarbeiter: Bonwetsch, *Sowjetische Zwangsarbeiter*, S. 54 ff.